

Konsequent sozial!

Krise bewältigen – Armut bekämpfen – Demokratie stärken – Zukunft gewinnen: Es ist an der Zeit. Für Brandenburg.

Gelöscht : ~Seitenumbruch~
Krise bewältigen – Armut bekämpfen – Demokratie stärken – Zukunft gewinnen: Es ist an der Zeit.

Gelöscht : Für Brandenburg.

Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2009

Beschluss der 3. Tagung des 1. Landesparteitages der Brandenburger LINKEN

Worum es geht in diesen Zeiten 3

1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und ökologisch erneuern 5

- Von Arbeit muss man leben können 5
- Öffentlich geförderte Beschäftigung 6
- Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung 6
- Förderinstrumente anpassen 7
- Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern 8
- Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen 8
- Zukunftsfaktor Tourismus 9
- Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung 9
- In der Region verankern, was Brandenburg kann 10
- Forstwirtschaft 10
- Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial 11
- Energiewende forcieren 11
- Umweltschutz durch Konversion plus Beschäftigungsförderung 13
- Verantwortung für die Natur 14

2. Soziale Sicherung und Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder. Bezahlbare Lebensumstände für alle 15

- Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle 15
- Kinder vor Armut schützen 16
- Altersarmut verhindern - Gute Rente für alle 16
- Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen 17
- Verbraucherinnen und Verbraucher schützen 18

3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an 19

- Was wir haben – und was wir brauchen 19
- Für ein Höchstmaß an individueller Förderung 19
- Auf den Anfang kommt es an 20
- Eine Schule für alle 20
- Gutes Personal 21
- Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend 21

Ausgehend von A 4.6.1

43	Qualifizierte Berufsausbildung.....	22
44	Eine neue Hochschulpolitik	23
45	Soziales Studium – soziale Hochschule	23
46	Qualität der Lehre	24
47	Demokratie in der Hochschule.....	24
48	Freiheit von Forschung und Lehre.....	24
49	Hochschulzugang	25
50	Weiterbildung	25
51	Kultur für alle gewährleisten.....	25
52	Kulturelle Bildung	26
53	Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen.....	26
54	Musikschulen	27
55	Theater und Bibliotheken	27
56	Mehr Mut zu Entscheidungen.....	27
57	Medien.....	28
58	4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken,	
59	Toleranz leben	29
60	Starke Kommunen.....	29
61	Zentrale Orte	29
62	Interkommunale Zusammenarbeit	30
63	Auskömmliche Kommunalfinanzierung	31
64	Wohnen ist Menschenrecht.....	31
65	Umweltgerechte Mobilität für alle sichern	32
66	Verkehrspolitische Kurswechsel	32
67	Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen.....	33
68	Gesundheitsversorgung.....	33
69	Brandenburgs Jugend	34
70	Sport.....	34
71	Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger	35
72	Stärkung der Bürgerrechte	36
73	Öffentliche Sicherheit.....	36
74	Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen.....	37
75	Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten	37
76	Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken	38
77	Brandenburg-Berlin – eine Region mitten in Europa, ein Teil der Einen Welt.....	38
78	Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße	39
79	Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden.....	40
80	5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen	41
81	Es ist an der Zeit.....	43

82 **Worum es geht in diesen Zeiten**

83 Es ist Zeit, vieles neu zu ordnen. Brandenburg, Deutschland und die Welt stecken in einer
84 tiefen Krise. Deren Folgen müssen begrenzt und die Bürgerinnen und Bürger vor ihnen
85 geschützt werden. Arbeitsplätze sind zu erhalten – für Stammebelegschaften wie für
86 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Es gilt, Existenzen zu sichern, Erspartes zu bewahren.
87 Und: Es muss an die Wurzeln gehen. Die Welt nach der Krise darf nicht dieselbe sein wie
88 vorher.

89 In einem Wirtschaftssystem, wie dem gegenwärtigen entfesselten Kapitalismus, in dem Geld
90 und Gewinn der Maßstab aller Dinge sind, ist mehr nötig, als der Appell an allgemeine Werte
91 und Verantwortungsbewusstsein, mehr als die moralische Verurteilung von Gier und
92 Egoismus, um soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft in Übereinstimmung zu
93 bringen. Notwendig sind gesellschaftliche Gegengewichte und politische Vorgaben: Rendite
94 und Vernunft, kurzfristiger Gewinn und Nachhaltigkeit, Profit und Gemeininteresse,
95 Gesellschaft und Individuum, Staat und Markt, Umwelt und Wirtschaft, Ökologie und
96 Lebensweise – all diese Beziehungen müssen neu geordnet werden. Wer sich ökonomisch
97 und finanziell der Verantwortung entzieht, muss von der Gesellschaft zur Verantwortung
98 gezogen werden können. Sinngemäß soll es innerhalb der Unternehmen laufen. Aufsichts-
99 räte müssen tatsächlich und mit Konsequenz Aufsicht führen; Mitarbeiterinnen und
100 Mitarbeiter mit entscheiden können. Vernunft, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung
101 müssen zum Maßstab wirtschaftlichen Handelns und die sozialen Sicherungssysteme wieder
102 hergestellt und erweitert werden.

103 Unser Weg sind der sozialökologische Umbau, die solidarische Erneuerung und die
104 konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Idee des demokratischen
106 Sozialismus bleibt unser Ziel. Darum geht es in diesen Zeiten.
108 Darum geht es der LINKEN.

A 7.2.

110 Wir wollen, dass jetzt politisch gehandelt wird – konkret hier und
112 heute, im Interesse der Menschen.

114 Wir verstecken uns auch jetzt, in der weltweiten Krise, nicht hinter der
116 Globalisierung. Brandenburg selbst ist Teil der Welt, die diese Krise
118 hervor gebracht hat. Beginnen wir also auch hier und von hier aus,
120 unsere Welt in Ordnung zu bringen.

A 22

121 Denn auch in Brandenburg ist es Zeit, vieles neu zu ordnen. Als die Krise ausbrach, war
122 unser Land noch lange nicht auf einem gesunden Entwicklungsweg zu stabilem Wohlstand
123 für alle. Sicher: Die schlimmen Turbulenzen nach dem Zusammenbruch der DDR und dem
124 Wüten der Treuhandanstalt waren vorbei. Viele von uns haben einiges erreicht. Sie haben für
125 sich und das Land etwas aufgebaut – und so auch ernsthaft etwas zu verlieren. Doch die
126 Gefahr begann schon vor der Krise. Galoppierende Preise und nicht mithaltende
127 bescheidene Einkommen, immer mehr niedrige Bezahlung und schlechte Arbeitsverhältnisse
128 – das alles untergrub das, was in Brandenburg erreicht worden war. Für viele andere hatte
129 zudem die persönliche Katastrophe schon viel eher begonnen und dauert immer noch an:
130 durch Langzeitarbeitslosigkeit – teils schon über Generationen – und Armut unter dem
131 Druck von Hartz IV. Wieder andere – und es werden immer mehr – arbeiten von früh bis spät
132 und erhalten dafür doch so wenig, dass sie eine Aufstockung aus dem Hartz-IV-Topf
133 benötigen, um wenigstens dieses Mindestniveau zu erreichen.

134 Schließlich die Kinder und Jugendlichen. In Brandenburg gilt: Je jünger, desto höher das
135 Armutsrisiko. Was für ein Skandal! Materielle Armut geht einher mit schlechteren
136 Bildungschancen und höheren Gesundheitsrisiken. Unser Schulsystem ist nicht geeignet,
137 alle jungen Menschen gut auf Leben und Beruf vorzubereiten. Die Hochschulen sind
138 überlastet, die Qualität der Lehre steht in der Kritik. Berufseinsteiger finden schwer Arbeit.

139 Brandenburg ist zudem ein Land mit großen Verwerfungen. Bei Verdienst und
140 Einkommensniveau der privaten Haushalte gibt es gewaltige regionale Unterschiede. Große

A 4.3, A 5, A 9, A
16.1, A 17.1

Gelöscht: mitbestimmen

Gelöscht: Die soziale
Marktwirtschaft muss wieder
hergestellt und Schritt für
Schritt weiter entwickelt
werden.

Gelöscht: Es ist gut, wenn
die SPD Kraft zur Selbstkritik
aufbringt – zur Selbstkritik
daran, dass man sich der Logik
des finanzmarktgetriebenen
Kapitalismus verschrieben hat.
Es ist gut, wenn sich sogar der
brandenburgische
Ministerpräsident angesichts
dessen, auf die Ideen eines
demokratischen Sozialismus
besinnt. Doch was nutzt das,
wenn der Koalitionspartner CDU
sich dem in den Weg stellt? Der
Weg vom Bekenntnis zur
politischen Tat ist spätestens
dann blockiert. Bekenntnisse
allein aber reichen heute nicht
aus.

Gelöscht: , die LINKEN

141 Teile des Landes leiden weiter unter Abwanderung, wirtschaftlicher Schwäche und
142 mangelnder Zuwendung durch die Landespolitik. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist
143 gefährdet, die Finanzausstattung unzureichend.

144 Die Landesregierung hat sich bemüht, bestimmte Fehler der Vergangenheit – wie die
145 Geldverschwendung für illusionäre Großprojekte – zu vermeiden. Aber sie hat neue Fehler
146 gemacht. Sie hat dem Abbau des traditionellen Sozialstaates zugestimmt – außer der Idee
147 eines neuen, „vorsorgenden“ Sozialstaates, aber nichts an dessen Stelle gesetzt, was Armut
148 durchgreifend verhindert und Aufstiegsmöglichkeiten für alle gesichert hätte. Sie hat auf die
149 Stärken des Landes gesetzt, ohne damit seinen Schwächen einen helfenden Impuls geben
150 zu können. Sie hat auf Erneuerung aus eigener Kraft gesetzt – aber keine neue Kraft
151 schaffen können.

152 Viele im Land hegten einerseits die Hoffnung, Brandenburg sei nun auf dem richtigen Weg.
153 Doch andererseits sieht eine Mehrheit im Land: Die Verhältnisse sind nicht gerechter
154 geworden, die Lebensverhältnisse haben sich nicht nachhaltig zum Positiven gewendet.

155 Was ist jetzt zu tun?

156 Wir wollen das, was im Guten den Lebensstandard in Brandenburg ausmacht, verteidigen,
157 erhalten und ausbauen. Wir wollen, dass diejenigen, die davon bislang nicht profitieren
158 konnten, künftig daran teilhaben. Wir wollen, dass das dann Erreichte krisenfester ist.

159 Stabilisierung und Wandel, soziale Sicherung und ökologischer wie ökonomischer Fort-
160 schritt, eine gestärkte Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat, Krisenbewältigung
162 und Arbeit an der Zukunft müssen gewährleistet werden und Hand in Hand gehen.

164 Im Zentrum unserer politischen Bemühungen stehen:

Ausgehend von A 4.6.1

165 ⇒ Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und ökologisch
166 erneuern.

167 ⇒ Soziale Sicherung und Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder.
168 Bezahlbare Lebensumstände für alle

169 ⇒ Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an

170 ⇒ Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken, Toleranz
171 leben.

172 Wandel auf breiter Front tut not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken, auch
173 nicht finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess politischer,
174 gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen in Gang zu setzen und an den
176 richtigen Stellen zu beginnen. Deswegen machen wir in unserem Wahlprogramm
178 2009 politische Schlüsselvorhaben deutlich, mit denen wir den Wandel dafür
180 einleiten wollen. Sie sind für uns in jeder Konstellation – ob in Opposition oder

A 23 Ü

182 Regierung – Maßstab für unsere Entscheidungen und unser konkretes Handeln.

183 Es sind Vorhaben, mit denen wir auf zentrale Erwartungen der Brandenburgerinnen und
184 Brandenburger reagieren. Es sind Vorhaben, die sich aus der bisherigen Landesentwicklung
185 als nächster logischer Schritt ergeben, wenn man das Positive in Brandenburg wahren,
186 ausbauen und für alle wirksam machen will. Es sind Vorhaben, die über sich selbst hinaus
187 weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Es sind Vorhaben, die für uns zum
188 Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg gehören – eines
189 Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches,
190 zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

Gelöscht: Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann und ein sozialökologischer Umbau der Gesellschaft,

Gelöscht: <#>soziale Sicherung, Bekämpfung von Armut, bezahlbare Lebensumstände und bessere Lebensbedingungen für Kinder,¶

Gelöscht: <#>gute Bildung und Kultur für alle sowie der,¶

Gelöscht: Anspruch eines jeden darauf, in einem funktionierenden verlässlichen Gemeinwesen leben zu können

191 **1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg**
192 **sozial und ökologisch erneuern**
193

194 **Von Arbeit muss man leben können**

195 Durch die Krise sind auch in Brandenburg tausende Arbeitsplätze bedroht. Viele
196 Unternehmen haben bereits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kurzarbeit gesetzt. Es ist
197 richtig, dass die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld verlängert wurde. In Verbindung mit
198 Weiterbildung und Qualifizierung kann dies zukünftige Beschäftigungsperspektiven verbes-
199 sern. Arbeitsmarktpolitik und Sicherung von Wirtschaftsstandorten sind aufs engste
200 verzahnt, soziale Verantwortung erweist sich als „Standortfaktor“ von existenzieller
201 Bedeutung. So kann es aussehen, wenn soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft
202 zusammen finden. Die Landesregierung hat demgegenüber bislang auf eine Niedriglohnstrat-
203 egie gesetzt; der CDU-Wirtschaftsminister hat offensiv für Brandenburg als Billiglohnland
204 geworben. Diese Politik hat sich nicht ausgezahlt. Brandenburgs Wirtschaft ist auf dieser
205 Grundlage nicht stabiler geworden; die Krise hat auch Brandenburg voll erfasst. Gut
206 ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch
207 Schulabgängerinnen und Schulabgänger wandern ab, weil sich ihnen in anderen
208 Bundesländern bessere Einkommens- und damit Lebensperspektiven bieten. Das Wort vom
209 Fachkräftemangel macht auch angesichts dessen schon lange die Runde – und das Problem
210 wird sich noch verschärfen, wenn nicht gegengesteuert wird.

A 4.6.3.

211 Deswegen muss sich etwas ändern: Von guter Arbeit muss man vernünftig leben können.
212 Deswegen fordern wir ein Bundesgesetz, das flächendeckend und generell einen Existenz
213 sichernden Mindestlohn durchsetzt. Flächentarifverträge, die über dem gesetzlichen
214 Mindestlohn liegen, sowie eine hohe Tarifbindung der brandenburgischen Unternehmen
215 angestrebt werden müssen. Mit dem Flickwerk der Großen Koalition im Bund muss Schluss
216 sein! Was existenznotwendig für Menschen ist, hängt nicht davon ab, in welcher Branche sie
217 beschäftigt sind, ob sie zur Stammebelegschaft oder zu Zeitarbeitsfirmen gehören. Und auch
218 nicht von ihrer Nationalität. Wir sind für eine europaweite Arbeitnehmerfreizügigkeit – sie
219 dient nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern auch dem kulturellen Austausch. Sie ist für
220 uns nicht in erster Linie Teil der unternehmerischen, sondern vor allem der individuellen
221 Freiheit der Menschen. Doch so wird sie sich nur auf der Grundlage europäischer sozialer
222 Standards entfalten – andernfalls führt sie zur Ausbreitung von Dumpinglöhnen und prekärer
223 Beschäftigung. Wenn wir für solche europäischen Standards kämpfen, dann gehört der
224 Mindestlohn in Deutschland dazu. In fast allen anderen EU-Ländern ist er bereits Realität.
226 Wir werden deswegen keiner Landesregierung beitreten, die sich
228 nicht zum Kampf für einen Existenz sichernden gesetzlichen
230 Mindestlohn verpflichtet. Und wir werden im Parlament und auf
232 der Straße offensiv für den gesetzlichen Mindestlohn kämpfen.

Schlüsselvorhaben 1:
**Landesvergabegesetz –
tarifliche und soziale
Mindeststandards bei
öffentlichen Aufträgen**

234 Im Land selbst arbeiten wir für ein Landesvergabegesetz, damit
236 der Zuschlag bei öffentlichen Aufträgen an tarifliche und soziale
238 Mindeststandards gebunden wird. Wer öffentliche Aufträge
239 ausführt, muss seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch Tariflöhne zahlen –
240 mindestens jedoch auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns.

241 Öffentliche Förderung für Unternehmen sollte nicht nur an die Zahl von Arbeitsplätzen, son-
242 dern auch an die Qualität von Arbeit gebunden werden – also auch hier an eine faire Bezah-
243 lung und an Fragen wie die, ob der subventionierte Arbeitsplatz mit Leiharbeit besetzt wird
244 oder ob das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt ist, einen Betriebsrat
245 zu wählen. Mit öffentlichen Geldern für die Wirtschaft darf kein Lohndumping gefördert wer-
246 den. Dies zieht nur weiteren Finanzbedarf nach sich, um die negativen sozialen Folgen aus-
247 zugleichen. Auch das ist gemeint, wenn soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft

248 zusammen gebracht werden sollen.

249 Öffentlich geförderte Beschäftigung

250 Unser Ziel ist es, dass alle durch Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern, sich durch Arbeit
251 selbst verwirklichen und durch Arbeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
252 Vergegenwärtigen wir uns allerdings die ernstesten, langwierigen Probleme in unserem Land –
253 etwa die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit oder die seit langem hohe Zahl älterer
254 Arbeitsloser über 50 Jahre –, dann wird deutlich, dass Vollbeschäftigung in Brandenburg auf
255 herkömmliche Weise in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist.

256 Aber: Wir können dennoch vielen Erwerbslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen, eine
257 berufliche Perspektive schaffen – und zwar in öffentlich geförderter Beschäftigung. Wir
259 setzen nicht auf perspektivlose Ein-Euro-Jobs oder Billig-Bürger-
261 arbeit. Ein solcher öffentlich geförderter Beschäftigungssektor
263 (ÖBS) organisiert sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Arbeit,
265 die weder von privaten Unternehmen noch von der öffentlichen
267 Verwaltung bereitgestellt wird. Damit ist der ÖBS zwischen Markt
269 und Staat angesiedelt und soll Arbeitslosen neue berufliche
271 Perspektiven und sozialversicherungspflichtige sowie Existenz
273 sichernde Arbeitsverhältnisse eröffnen. Gleichzeitig wird darüber
274 sinnvolle Arbeit verrichtet, die Ausgrenzung verhindert und den gesellschaftlichen
275 Zusammenhalt stärkt. Finanziert werden sollen die Beschäftigungsverhältnisse mit den
276 Mitteln, die derzeit für Arbeitslosigkeit verwandt werden, also das Arbeitslosengeld II, die
277 Wohnungskosten, die Sozialversicherungsbeiträge und die Aufwandsentschädigung bei
278 einem Ein-Euro-Job. Diese Summe wollen wir mit Landesmitteln sowie Geldern aus dem
279 europäischen Sozialfonds aufstocken, damit die Beschäftigten im ÖBS mindestens 1 400
280 Euro brutto im Monat erhalten. Solange der Bund nicht bereit ist, generell diese Form der
281 Finanzierung zu ermöglichen, nutzen wir die verfügbaren arbeitsmarktpolitischen
282 Instrumente und schaffen damit bis zu 15 000 Stellen. Es ist daher notwendig, u.a. das
283 Bundesprogramm Kommunalkombi unter verbesserten Zugangs- und Förderbedingungen
284 fortzuführen.

285 Die unterschiedliche Betreuung von Arbeitslosen entweder nach Sozialgesetzbuch II oder
286 Sozialgesetzbuch III) ist zu überwinden. Durch eine Zusammenführung ist zu gewährleisten,
287 dass Arbeitssuchende gleichberechtigt betreut und gefördert werden. Die Regionalisierung
288 von Arbeitsmarktpolitik muss dieses Ziel unterstützen und zur Erzeugung zusätzlicher
290 Beschäftigungseffekte beitragen.

Präzisierung lt. A 4.6.7.

294 Wirtschaftliche Vernunft und soziale 295 Verantwortung

296 Dass Profittreiberei und blanke Marktlogik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so
297 dominierten – genau das hat in die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krise geführt.
298 Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung heute führen schließlich
299 auch zur finanziellen Schwächung der sozialen Sicherungssysteme und bis zum Verlust von
300 Rentenansprüchen; das Risiko von Altersarmut wächst dramatisch.

301 Jetzt steht ein Kurswechsel auf der Tagesordnung – ein Kurswechsel zu solidem Wirtschaften,
302 zu guter Arbeit und zu guter Rente. Darauf müssen Staat und Gesellschaft hinwirken.

303 Linke Wirtschaftspolitik verfolgt daher einen komplexen, gestalterischen Ansatz. Sie ist mehr
304 als Förderpolitik und umfasst Ordnungspolitik, Genehmigungsverfahren, Kartellrecht,
305 Einfluss auf Preisbildung, Regulierung von Netzzugängen und nicht zuletzt auch die Stärkung
306 tariflicher, sozial- und arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit
307 zwischen Männern und Frauen sowie Gewährleistung demokratischer Teilhabe, z. B. durch

Schlüsselvorbahn 2:
15 000 ordentliche
Arbeitsplätze im
öffentlich geförderten
Beschäftigungssektor

A 4.4.

Gelöscht: zuzulassen

A 4.6.6.

Gelöscht: r

Gelöscht: in zwei Rechtskreisen (

Gelöscht: SGB II und SGB

Gelöscht: ist unbefriedigend

Gelöscht: muss

Gelöscht: t werde

308 Ausweitung der kollektiven Mitbestimmung in Unternehmen. Wirtschaftspolitik muss mit der
309 Regionalentwicklung verzahnt werden und die Lage unseres Landes an der deutsch-
310 polnischen Grenze muss berücksichtigt werden.

311 Zentrale Elemente sind die Erhaltung und Schaffung von Existenz sichernden Arbeitsplätzen
312 und der Umbau der Wirtschaftsförderung unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten, damit
313 sich die Wirtschaft nachhaltig und selbsttragend entwickeln kann.

314 Wir konzentrieren uns sowohl darauf, die Substanz der klein- und mittelständisch geprägten
315 Unternehmensstruktur des Landes zu bewahren und auszubauen sowie die industriellen
316 Kerne zu stärken, als auch darauf, neue Wirtschaftsfelder und Zukunftsbranchen zu
317 erschließen. Brandenburgs Chance liegt vor allem bei neuen Industrien und
318 Dienstleistungen, bei Wissenschaft und Innovation, wie z.B. die Biotechnologie, die
319 erneuerbaren Energien, die Umwelttechnologie. Vor dem Hintergrund des tatsächlichen
320 Leistungsspektrums der Region Brandenburg-Berlin sind international herausragende
321 Branchen wie Luft- und Raumfahrt, Medien und Gesundheitswirtschaft besonders zu
322 unterstützen. Das wird nur gelingen, wenn Brandenburg institutionell und politisch mit Berlin
323 zusammenwirkt und sich eng mit der Metropole im Herzen des Landes abstimmt, um die
324 gemeinsamen Potenziale heben zu können. Für die regionale Entwicklung und
325 Wertschöpfung sind in den ländlichen Regionen die Agrar-, Holz- und Tourismuswirtschaft
326 von großer Bedeutung.

A 4.6.8.

327 Wir wollen im Rahmen einer Bundesratsinitiative durchsetzen, dass die Mehrwertsteuer für
328 arbeitsintensive Dienstleistungen auf 7% gesenkt wird, um Arbeitsplätze in kleinen und
329 mittelständischen Unternehmen zu sichern. Damit soll der Tourismusstandort gestärkt und
330 Chancengleichheit im europäischen Wettbewerb hergestellt werden.

A 8

331

332 **Förderinstrumente anpassen**

333 Wir stehen für einen Umbau der Förderlogik und Förderstruktur im Land Brandenburg.

334 Wir gehen von einer Grundförderung in allen Regionen des Landes Brandenburg aus. Dabei
335 allerdings sollen neben herkömmlichen Subventionen mehr und mehr Darlehen und
336 Zinsvergünstigungen eine wichtige Rolle spielen.

337 Klassische Zuschüsse wird es auch weiterhin geben – für die gezielte Förderung von
338 innovativen Branchen und tragfähigen Netzwerken, für die Förderung und Stärkung von
339 regionalen Wertschöpfungsketten, grenzüberschreitenden Kooperationen sowie für
340 Forschung und Entwicklung in klein- und mittelständischen Unternehmen sowie für den
342 Transfer Wissenschaft–Wirtschaft.

344 Nach wie vor ist das Hauptproblem der brandenburgischen Unternehmen die Ei- A 17.3
346 genkapitalschwäche. Durch ein Bürgschaftssystem soll perspektivisch eine
348 Stärkung der Eigenkapitalsituation erreicht werden.

Gelöscht: Das

Gelöscht: deshalb zur

Gelöscht: ausgebaut

349 Der Umbau der Förderlogik, den wir planen, könnte durch eine andere Kombination der
350 Fördermöglichkeiten, durch die Neuordnung der Verantwortlichkeiten sowie durch eine
351 bessere Nutzung der bundespolitischen und europäischen Rahmenbedingungen 100 Mio.
352 Euro Finanzmasse inhaltlich ersetzen. Der Schwerpunkt Zuschussfinanzierung in der
353 Wirtschaftsförderung ist verstärkt mit der Darlehensfinanzierung zu ergänzen. Wir streben
354 bis 2012 Darlehensfonds in einer Höhe von 250 Mio. Euro an. Zur akuten Bekämpfung der
355 Wirtschaftskrise wollen wir die Überbrückungsfinanzierungen verstärkt ausbauen, um die
356 wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Substanz im Land zu erhalten.

A 17.4 TÜ

357 Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung der EU-Strukturfonds ist zur Überprüfung der Ziele
358 der operationellen Programme der EU zu nutzen. Die Programme sind dann in Abstimmung
359 mit den EU-Gremien sowie den regionalen Akteuren weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus
360 sind die Ressorts der Landesregierung und ihre jeweiligen Förderprogramme stärker zu
361 vernetzen, um ein besseres Zusammenwirken insbesondere bei komplexen Aufgaben zu

362 erreichen, die dann auch nachhaltige Effekte bewirken.

363

364 **Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern**

366 95,6 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in
368 Brandenburg sind Kleinstunternehmen mit weniger als zehn
370 Beschäftigten und einem Jahresumsatz unter 2 Mio. Euro. Sie
372 sind klein, haben aber große Bedeutung für Wirtschaft und
374 Arbeitsplätze, leisten einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige
376 Entwicklung und sind regional verankert. Sie verdienen be-
378 sondere Unterstützung – und für diese Unterstützung braucht es
380 besondere Instrumente. Oftmals sind es nur kleine Beträge die
382 fehlen, und herkömmliche Finanzierungswege über die Hausbank

Schlüsselvorbaben 3:
**Mikrokredite für
Kleinunternehmen,
Handwerk und Freie
Berufe &
Start-Up-Fonds**

383 fallen aufgrund der schwachen Eigenkapitalausstattung aus. Deshalb wollen wir für klein-
384 und mittelständische Unternehmen, für Handwerk und freie Berufe ein Mikrofinanzierungs-
385 programm auflegen. Der Charakter der Investitions- und Landesbank als Förder- und Struk-
386 turbank ist weiter auszubauen, um sicherzustellen, dass notwendige Finanzierungen zur Si-
387 cherung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen den KMU-Bereich und freie Be-
388 rufe tatsächlich erreicht.

A 17.5

389 Zur Förderung von Innovationen und der Kreativwirtschaft wollen wir einen Start-up-Fonds
390 auflegen. Mit Hilfe eines solchen Fonds sollen Unternehmen bzw. ihre Ideen finanziell
391 gefördert werden, die nicht auf bankenübliche Finanzierungsinstrument bauen können. Der
392 Fonds wird Unternehmen sowohl in der Vorgründung, während der Gründung als auch bei
393 Erweiterungen zugute kommen. Die Fördermittel sollen im Erfolgsfall in den Fonds zurück
394 gezahlt werden. (revolvierende Fonds)

Gelöscht: revol-
vierenden

A 4.6.9.

395

396 **Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen**

397 Die SPD-CDU-Regierung hat in den vergangenen Jahren die Wirtschaftsförderung neu
398 ausgerichtet und dabei Schwerpunkte nach Wirtschaftsbereich und Region gesetzt – es kam
399 zu 17 Branchenkompetenzfeldern und 15 Regionalen Wachstumskernen. Wir sagen:
400 Brandenburg braucht eine Schwerpunktsetzung bei der Förderung von Zukunftsbranchen,
401 die überregional bzw. international von Bedeutung sind. Diese müssen unabhängig von der
402 räumlichen und regionalen Verortung nach ihrem Innovationspotenzial und ihren
403 Entwicklungschancen bestimmt und gezielt gefördert werden. Entwicklung muss dort
404 unterstützt werden, wo sie sich vollzieht.

405 Deswegen wollen wir eine kritische Prüfung des Systems der Regionalen Wachstumskerne
406 und Branchenkompetenzfelder, das die Landesregierung in den letzten Jahren eingeführt hat,
407 sowie eine generelle ressortübergreifende Bestandsaufnahme der Förderpolitik und der För-
408 derprogramme einschließlich der Landesentwicklungsplanung. Daher streben wir einen in-
409 dustrie- und strukturpolitischen Dialog mit Gewerkschaften, Kammern und Arbeitgeberver-
410 bänden an. Mit Blick auf die Regionalen Wachstumskerne wollen wir klären, ob alle Städte
411 oder Städteverbände, die die Kriterien für einen regionalen Wachstumskern erfüllen, tat-
412 sächlich in das regionale Wachstumskonzept aufgenommen worden sind. Zudem geht es um
413 die Kriterien selbst. Geeignet sind aus unserer Sicht Messlatten wie Beschäftigungswirk-
414 samkeit, Nachhaltigkeit, infrastrukturelle Vernetzung, Umlandfunktion, Stärkung der Wirt-
415 schaftssubstanz, Profilierung der Branchenschwerpunkte u. ä. Auf diesem Wege entsteht ein
416 integrativer Förderansatz, mit dem es gelingt, dass keine Region abgehängt wird.

A 17.6

417 Wir wollen darüber hinaus eine allgemeine Grundförderung in allen Regionen Brandenburgs
418 sichern. Sie stützt sich auf drei Säulen:

- 419 - die Stabilisierung und Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen
- 420 unabhängig von ihren Standorten

- 421 - die stärkere Vernetzung von Fördermöglichkeiten der europäischen Fonds EFRE,
422 ESF und ELER
423 - die Kommunalfinanzierung.
424

425 **Zukunftsfaktor Tourismus**

426 Ein weiteres Standbein der brandenburgischen Wirtschaft ist der Tourismus. Dieser trägt
427 nicht unerheblich zur Wertschöpfung im Land bei und schafft und sichert zahlreiche
428 Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum. Die Potenziale sind aber noch längst nicht
429 ausgeschöpft. Sowohl die geografische Lage im Zentrum Europas als auch die natürlichen
430 Gegebenheiten Brandenburgs bieten gute Voraussetzungen, um in enger Abstimmung mit
431 Berlin den Tourismus als Wirtschaftsfaktor weiter auszubauen. Wir stehen für eine
432 verlässliche Finanzierung des Landestourismusverbandes, der Tourismus Marketing
433 Brandenburg GmbH und der Tourismusakademie Brandenburg und eine noch stärkere
434 Vernetzung der Akteure im Tourismus. Die Initiativen zur Verbesserung von Dienstleistun-
435 gen, Service und Qualität sind fortzuführen und weiter zu entwickeln. Bei der Fortschreibung
436 der Landestourismuskonzeption müssen wirtschaftliche, ökologische und soziale
437 Anforderungen stärker berücksichtigt werden. So ist die Barrierefreiheit von touristischen
438 Angeboten bei weitem noch keine Selbstverständlichkeit. Wir wollen den sanften Tourismus
439 pflegen und fördern, der sowohl dem Bedürfnis nach Erholung und Bildung, wie auch den
440 Erfordernissen von Natur und Umwelt gerecht wird. [Die Verknüpfung von Formen des](#)
441 [Tourismus mit den Bereichen Kultur und Sport ist zu verbessern.](#) Dazu gehört auch ein
442 „Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus“.
443

[A 4.5.1](#)

444 **Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung**

445 Wir planen eine wirkliche Agrarwirtschaftsinitiative. Sie zielt darauf, Brandenburgs moderne
446 Agrar- und Forstwirtschaft als Motor der regionalen Entwicklung sowie als Anker für Existenz
447 sichernde Einkommen und für ein selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen
448 Städten zu stabilisieren und zu entwickeln. Und wir wollen ihre Perspektive im
449 Zusammenhang mit dem Aufbau einer regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft in den
450 ländlichen Raum stärken.

451 Dazu sind stabile Agrarstrukturen notwendig. Es bedarf einer Bodenpolitik, die die
452 Brandenburger Landnutzer stärkt, und einer Grundförderung für ländliches Gewerbe in allen
453 Regionen. Der Boden als Hauptproduktionsmittel und die Nahrungsmittel dürfen nicht zum
454 Spekulationsobjekt von Finanzjongleuren werden. Den EU-Beschlüssen zur Benachteiligung
455 der ostdeutschen Agrarstrukturen werden wir wirksame Förderinstrumente entgegenzusetzen
456 und nicht zulassen, dass auch die Bundespolitik ostdeutsche Agrarstrukturen benachteiligt,
457 wie bereits bei der Besteuerung des Agrardiesel geschehen. Der Verbleib der finanziellen
458 Mittel in unseren ländlichen Regionen muss unbedingt gesichert werden. Positiv ist die
459 Unterstützung der EU für eine öffentlich geförderte Mehrgefahrenversicherung vor
460 Witterungsereignissen und anderen Schäden zu werten.

461 Wir wollen Agrarpolitik so gestalten, dass sie wieder stärker als Strukturpolitik wirkt und
462 regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt, damit ein größerer Teil der Wertschöpfung hier im
463 Land Brandenburg erfolgt. Die Stellung der Landwirte am Markt muss deutlich gestärkt und
464 die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten begrenzt werden, um faire
465 Preise besonders in der Milchproduktion zu sichern. Vielfältige Kooperationsbeziehungen,
466 bis hin zur Bildung von Genossenschaften oder Erzeugergemeinschaften, sind ein wirksames
467 Mittel, die Interessen der Bäuerinnen und Bauern zu bündeln und zu schützen, aber
468 gleichzeitig auch den Erfordernissen modernen Wirtschaftens zu entsprechen. Wir streben
469 regional angepasste, umwelt- und tierschutzkonforme Tierhaltungssysteme an.

471 In der Region verankern, was Brandenburg kann

472 Aus einer widersprüchlichen Entwicklung heraus gilt es, Potenziale zu nutzen, Blockaden zu
 473 überwinden und regionale Kreisläufe zu stärken und zu fördern:

Gelöscht: und

A 4.6.11

474 Einerseits gibt es in Brandenburg moderne Agrarbetriebe, die unsere Landwirtschaft zu einer
 475 der produktivsten in Europa machen und die fest in den internationalen Netzwerken der
 476 Nahrungsmittelproduktion eingebunden sind. Andererseits haben sie kaum Verbindung zu
 477 den lokalen und regionalen Marktstrukturen. Milchpulver wird nach China exportiert; aber
 478 frische Milch schafft es nur schwer in die Regale der großen Discounter in der Region, seien
 479 sie in Berlin oder Brandenburg.

480 Einerseits ist Brandenburg im ökologischen Landbau Spitzenreiter; im Metropolenraum von
 481 Berlin konnte er sich mittlerweile einen stabilen Absatzmarkt erobern. Andererseits gibt es
 482 im konventionellen Bereich von Landwirtschaftsprodukten zu wenige Verbindungen
 483 zwischen Metropole und Umland. Da teilweise die Nachfrage nach ökologisch erzeugten
 484 Produkten nicht befriedigt werden kann, setzen wir uns für eine Erweiterungsförderung des
 485 ökologischen Landbaus ein. Dafür streben wir eine Erhöhung der Umstellungs- und
 486 Beibehaltungsprämie an. Die brandenburgische Ernährungswirtschaft ist im überregionalen
 487 Durchschnitt deutlich zurückgefallen; im Vergleich der ostdeutschen Länder steht sie an
 488 letzter Stelle.

489 Das Schlüsselprojekt „Aktionsbündnis für Brandenburger Qualitätsprodukte“ hat zum Ziel,
 491 den Metropolenraum für alle landwirtschaftlichen Produkte
 493 Brandenburgs zu erschließen. Wir wollen deswegen dieses
 495 Aktionsbündnis hervorheben, das dazu beiträgt, die lokale
 497 Produktion von Nahrungsmitteln zu stärken, die regionalen Wert-
 499 schöpfungsketten auszubauen und den Berliner Markt für
 501 Agrarprodukte aus Brandenburg mittelfristig beim ansässigen Le-
 503 bensmittelhandel zu erschließen. Dafür sehen wir einen Förder-
 505 fonds vor, für den auch EU-Programme genutzt werden. Diesem
 507 Aktionsbündnis gehören wirtschaftliche und politische Akteure
 508 sowohl aus Brandenburg als auch aus Berlin an, so wie bereits bei der Initiative „Mark und
 509 Metropole“. In einem Politikbereich, der für Brandenburgs Entwicklung sehr bedeutsam ist,
 510 würde somit auch eine echte Kooperation mit Berlin erfolgen – im langfristigen Interesse
 511 beider Länder.

Schlüsselvorhaben 4:
**Aktionsbündnis zur
 Vermarktung von
 Qualitätsprodukten der
 brandenburgischen
 Landwirtschaft**

512

513 Forstwirtschaft

514 Brandenburg ist ein waldreiches Land. Diesen Reichtum nachhaltig zu bewahren, ergibt sich
 515 aus seinen Funktionen als Rohstofflieferant und als Erholungsraum sowie seiner Fähigkeit
 516 CO₂ zu binden. Wir lehnen die Stellenkürzungen im Zuge der Forstreform ab. Die Er-
 517 schließung der Holzreserven vor allem im Kleinprivatwald muss unterstützt und die
 518 Unveräußerlichkeit des Landeswaldes gesetzlich gesichert werden. Wir werden ein
 519 umfassendes Projekt auf den Weg bringen, das den Forst- und Holzsektor allseitig
 520 entwickelt. Es geht um die Nutzung und den Erhalt der natürlichen Potenziale, den Aufbau
 521 einer leistungsstarken modernen Forstverwaltung, die sich hinsichtlich Struktur und Umfang
 522 an den zu erfüllenden Aufgaben und Perspektiven misst statt an einseitigen
 523 Einsparvorgaben, denen immer weitere Stellenkürzungen folgen. Im Landeswald sollen
 524 Gemeinwohlleistungen wie Waldumbau, Waldpädagogik und Naturschutz in besonderem
 525 Maß erbracht und eine zuschussfreie Holzbewirtschaftung erreicht werden. Der Waldumbau
 527 zu flächendeckenden Mischwäldern ist zu fördern ebenso wie der
 529 touristische Ausbau.

A 16.3.

Gelöscht: .
 Dazu bedarf es
 einer
 leistungsstarken
 modernen
 Landesforstverwal-
 tung

A 4.5.2.

530 Gleichermaßen sind Gartenbau, Fischerei und die Jagd als Bestandteile der Agrarpolitik so zu
531 fördern, dass durch eine nachhaltige und umweltgerechte Bewirtschaftung der natürlichen
532 Ressourcen ein aktiver Beitrag für Arbeit und Leben im ländlichen Raum geleistet wird. Wir
533 streben an, dass die Verwendung von bleihaltiger Munition in der Jagd schrittweise reduziert
534 wird.

535

536 **Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial**

537 Große Krisen sind immer auch der Auftakt zu neuen Entwicklungsetappen. Der jetzt
538 gescheiterte Finanzmarkt-Kapitalismus ist nicht zu reparieren, die alte Industriestruktur nicht
539 ewig durch Abwrackprämien für alte Autos aufrecht zu erhalten. Nach der Krise muss es
540 nicht nur andere Autos, sondern muss es ein neues Wirtschaften geben, muss ein neuer, ein
541 ökologischer und sozialer Entwicklungspfad beschritten werden.

542 Wir wollen eine Landesregierung, die sich der Herausforderung von nachhaltiger Entwicklung
543 stellt und endlich - wie in anderen Bundesländern auch - eine Nachhaltigkeitsstrategie für
544 Brandenburg konzipiert und konsequent umsetzt. Dazu bedarf es zum einen der
545 Weiterführung, Stärkung und Aufwertung des „Beirates für Nachhaltige Entwicklung und
546 Ressourcenschutz“. Zum anderen ist es erforderlich, die Erarbeitung und Umsetzung der
547 Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu begleiten (z. B. über einen parlamentarischen
548 Beirat für Nachhaltige Entwicklung) und Akteure aus der Zivilgesellschaft an diesem Prozess
549 zu beteiligen. Das System der brandenburgischen Großschutzgebiete ist eine Erfolgsges-
550 chichte. Sie sind Modellregionen nachhaltiger regionaler Entwicklung und bieten
551 Möglichkeiten für den Tourismus, die Landwirtschaft und für klein- und mittelständische
552 Betriebe. Sie sind auf weitere geeignete Gebiete, wie die Mittlere Havel, auszubauen.

553

554 **Energiewende forcieren**

555 Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels und wissenschaftlicher Erkenntnisse
556 über den unmittelbaren Zusammenhang zwischen weiter steigenden Treibhausgasemissio-
557 nen und zunehmender globaler Erwärmung geht es für Brandenburg vor allem um mehr
558 Konsequenz bei der notwendigen und möglichen Energiewende.

559 In Brandenburg gibt es einen Energiemix aus der traditionellen Braunkohleverstromung
560 einerseits und erneuerbaren Energien wie z. B. Windkraft, Biomasse, Solarwirtschaft und
561 Geothermie andererseits. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Nutzung erneuerbarer
562 Energien in den letzten Jahren deutlich stärker geworden ist, während die Stromgewinnung
563 aus Braunkohle - vor allem für den Export - ihre Bedeutung behielt.

564 Auf dem Weg zu einem modernen Energiemix müssen und werden die erneuerbaren
565 Energien vorherrschend sein. Verbunden mit der Erschließung aller Effizienzsteigerungs- und
566 Einsparpotenziale sichern sie die künftige Stromversorgung, schonen das Klima und
567 schaffen zudem neue zukunftssichere Arbeitsplätze. So können ländliche Räume neben der
568 Nahrungsgüterproduktion auch mittels erneuerbarer Energien neue Perspektiven erhalten -
569 der Anbau nachwachsender Rohstoffe verbessert die Ertragslage der Land- und
570 Forstwirtschaft.

571 Jedoch ist die Produktion von Biomasse durch die zur Verfügung stehende Bodenfläche und
572 die Flächenerträge begrenzt und ist deshalb behutsam voranzutreiben. Die stoffliche und
573 energetische Nutzung von Biomasse muss Nachhaltigkeitskriterien gerecht werden. Der
574 Ausbau von Windkraft- und Biomasseanlagen darf nicht mit nachteiligen Folgen für die
575 Lebensqualität der Menschen und die Umwelt verbunden sein
576 und ist mit den Menschen in den betroffenen Regionen zu
577 entwickeln. Stärker als bisher sind Solar- und Geothermie zu
578 fördern und insbesondere bei Gebäuden ist auf
582 Energieeinsparung, Solaranlagen und Wärmepumpen zu
584

A 4.6.14

Gelöscht: Zukunftsp

Schlüsselvorbaben 5:
**Vorrang für
erneuerbare Energien**

585 orientieren.
586 Für diesen Vorrang der erneuerbaren Energien bedarf es entsprechender landesrechtlicher
587 Regelungen. Zudem sind erneuerbare Energien aber nicht nur ein starkes
588 Konjunkturprogramm, sondern garantieren durch ihre vorwiegend dezentrale Nutzung
589 gleichfalls Bürgernähe, regionale Wertschöpfung und fordern kommunale Initiativen heraus.

590 Perspektivisch ist es möglich, die Stromerzeugung im Energieland Brandenburg zu 100 % auf
591 erneuerbare Energien umstellen. Daran wollen wir arbeiten.

592 | Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien wird es uns erleichtern, etwas zu
593 vollziehen, was dringend geboten ist: den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Unsere
594 Braunkohlevorkommen sind endlich, ihre Erschließung zerstört gewaltige Teile unseres
595 Landes - darunter das durch den Raubbau der vergangenen 150 Jahre auf nur noch wenige
596 Ortschaften begrenzte angestammte Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden). Der Abbau der
597 Braunkohle schädigt den Grundwasserhaushalt für Jahrhunderte, ihre Verbrennung ist
598 energetisch wenig effektiv und beschleunigt den Klimawandel durch den Ausstoß von
599 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Selbst die geplante CO₂-Abscheidung und -Speicherung
600 (CCS-Technologie) bietet u. E. keinen strategischen Ausweg, sondern ist mit hohen Kosten
601 verbunden, verschlingt selbst viel Energie. Nach wie vor gibt es ernsthafte ungeklärte Fragen
602 zum Transport und zur Endlagerung der Gase. Die Risiken sind bisher weitgehend
603 unerforscht. Dazu kommt, dass die Landesregierung für ihren Ansatz, die weitere
604 Braunkohleverstromung nur dann zu ermöglichen, wenn die Kohlendioxidabscheidung
605 funktioniert, bislang keine rechtliche Verbindlichkeit hergestellt hat. Zudem wäre diese Art
606 von Stromgewinnung mit weiteren Umsiedlungen von Menschen in der Lausitz verbunden.
607 Eine Genehmigung zur kommerziellen Anwendung von Abscheidung und unterirdische
608 Endlagerung von CO₂ (Carbon dioxide capture and storage - CCS) ist zum jetzigen Zeitpunkt
609 unseriös und verbaut eine zukunftsfähige Entwicklung der betroffenen Regionen. Das
610 Vorhaben führt zu einer Minderung der Lebensqualität in der Region.

TÜ 4.1. = A 19

TÜ 4.1. = A 19

611 Aus all diesen Gründen treten wir weiter für einen mittelfristigen Ausstieg aus der
612 Braunkohleverstromung bis spätestens 2050 ein. Wir wollen keine neuen
613 Braunkohletagebaue. Brandenburg muss sich zudem für eine Reform des Bundesberggesetzes
614 einsetzen, bei dem die frühzeitige Berücksichtigung der Belange Betroffener verankert und die
615 derzeitige Pflicht zur Genehmigung von Bergbauvorhaben abgeschafft wird. Das Land darf in
616 Verantwortung für die Zukunft keine Ressourcen verschenken. Es muss deshalb die
617 bergrechtliche Förderabgabe auch für Braunkohle erhoben bzw. der rechtliche Rahmen
618 dafür geschaffen werden. Bei der anstehenden bundesrechtlichen Regelung zur
619 unterirdischen Verpressung von CO₂ muss sich Brandenburg dafür einsetzen, dass
620 Verursacher und Profiteure die Haftung für Risiken nicht auf die öffentliche Hand abwälzen
621 können. Der mit der Verpressung verbundene Ressourcenverbrauch muss dem Verursacher in
622 Rechnung gestellt werden, anstatt öffentliche Gelder für die Erprobung der riskanten Technologie
623 einzusetzen.

redaktionell

Gelöscht: den
Landeshaushalt

628 Für eine begrenzte Übergangszeit können moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-
629 Kopplung den Grundlaststrom auf wesentlich umweltschonendere Art als Braunkohlekraft-
630 werke bereitstellen.

631 Der Weg zum künftigen Energiemix muss verantwortungsbewusst gestaltet werden. Die
632 grundlegenden Entscheidungen werden in der kommenden Legislaturperiode fallen.

633 Notwendig ist eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise mit
634 brandenburgischen Klimaschutzziele und der Bewahrung lebendiger Landschaften
635 verbindet, die nachhaltige Innovationen fördert und den erforderlichen Strukturwandel, vor
636 allem in der Bergbauregion Lausitz, mit sozialer Verantwortung gestaltet.

637 Es geht um eine neue zukunftsfähige Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten. Der
638 Weg dorthin führt über den von uns vorgeschlagenen Brandenburgischen Energiedialog.
639

640 **Umweltschutz durch Konversion plus Beschäftigungsförderung**

641 Wir haben es in Brandenburg bereits erlebt: Ökologisches Handeln kann Ausgangspunkt für
642 eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sein. So entstanden durch die Renaturierung der
643 ausgekohnten Lausitzer Braunkohlereviere nicht nur neue Kulturlandschaften, sondern auch
644 Räume mit hoher touristischer Attraktivität. Einer besonderen Bedeutung kam diesbezüglich
645 der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) zu.
646 Unser Anliegen ist es, die LMBV als öffentliches Unternehmen zu erhalten. Die LMBV verfügt
647 über einzigartige Kompetenzen im Bereich der Sanierung und Renaturierung von
648 devastierten Flächen und Arealen. Diese Kompetenzen gilt es zu erhalten und weiter zu
649 entwickeln.

650 Brandenburg bringt hier Erfahrungen ein, die einzigartig sind. Es gibt in Deutschland - außer
651 der LMBV - kein weiteres Beispiel dafür, wie sich aus einer Beschäftigungsfördergesellschaft
652 ein industrieller Kern entwickelt hat.

653 Auch die Konversion hat sich in Brandenburg zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt. Über
654 Jahrhunderte war das Territorium unseres Landes Schauplatz
655 deutscher und europäischer Kriege und ein riesiger
656 Militärstandort. Die Folgen spüren wir noch immer - bis in den
657 Alltag vieler Regionen hinein. Mittlerweile wurde ein Großteil der
658 ehemals militärischen Liegenschaften von rund 100 000 Hektar in
659 zivile Projekte umgewandelt. Knapp zwei Mrd. Euro wurden im
660 Rahmen von Förderprogrammen des Bundes, des Landes und der
661 Europäischen Union in hiesige Konversionsprojekte investiert.

Schlüsselvorhaben 6:
**Renaturierung der
verbliebenen
Militärbrachen**

662 Trotz der bisher erreichten Ergebnisse bleibt Konversion weiterhin eine landespolitische
663 Aufgabe. Im Land gehen von munitionsbelasteten und mit Kraft- und Schmierstoffen
664 verseuchten Altflächen und Liegenschaften, wie der Lieberoser Heide, noch immer
665 Bedrohungen für Menschen und Umwelt aus. Städtische Brachflächen prägen nach wie vor
666 das Bild vieler Kommunen. Noch immer befinden sich ca. 15 000 ha, das sind rund 180
667 Objekte, im Bestand des Liegenschaftsvermögens. Konversion ist ein konkreter Beitrag zur
668 regionalen Strukturpolitik. Vorhandene Bausubstanz und Infrastruktur werden als Ressource
669 mobilisiert und von militärischer Nutzung befreiter Naturraum kann umweltgerecht
670 behandelt werden. Das erschließt neue wirtschaftliche Felder.

671 In Brandenburg besteht also weiterhin ein Bedarf an Konversion. Wir wollen deshalb die
672 Renaturierung der restlichen Militärbrachen in Angriff nehmen. Hierfür können wir Mittel aus
673 dem Operationellen Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in der EU-
674 Förderperiode 2007 - 2013 einsetzen. Es handelt sich dabei um zirka 21 Mio. Euro. Dafür
675 muss das Land die Kofinanzierung gewährleisten, was auch mit Mitteln aus Verkauf und
676 Vermietung des Liegenschaftsvermögens gesichert werden könnte.

677 Konversion im Land Brandenburg bedeutet aber auch, endlich Klarheit über die Verwertung
678 solcher Konversionsflächen zu schaffen, bei denen - wie z. B. in Sperenberg - der Bund
679 Verantwortung trägt. Konversion im Land Brandenburg bedeutet auch die Integration der
680 innerstädtischen Konversionsliegenschaften in die städtebaulichen Konzepte und die
681 Stärkung der brandenburgischen Konversionswirtschaft.

682 Die konsequente Fortsetzung der Konversion im Land Brandenburg schließt für uns ein
683 klares Nein zu einer militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein. Dort sollen keine
684 komplexen Kriegsszenarien geübt werden, die anderswo in der Welt Hass und noch mehr
685 Terror statt Frieden bringen. Das Verbot der militärischen Nutzung hat eines der ganz
686 wenigen störungsarmen Areale geschaffen, das bewahrt werden sollte. Wir fordern den
687 Verzicht auf die militärische Nutzung und die sofortige Freigabe der geplanten 220 Mio. Euro
688 Bundesmittel für die Beräumung des Gebietes sowie seine Rückgabe an die Region.

696

697 Verantwortung für die Natur

698 Prognosen zum Klimawandel zeigen, dass es in Brandenburg auch künftig gerade während
699 der Vegetationsperiode weniger regnen wird. Wir müssen also die Art und Weise ändern, wie
700 wir mit Wasser umgehen – wir brauchen neue Zielsetzungen für die ökologische und
701 nachhaltige Bewirtschaftung des Landschaftswasserhaushaltes und ein Wassereinsparkon-
702 zept. Das Wasser darf nicht mehr nur einfach schnell abfließen, sondern soll lange in der
703 Landschaft verweilen. Wir unterstützen die Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie,
704 Brandenburgs Gewässer in einen ökologisch und mengenmäßig guten Zustand zu bringen.
705 Gleichzeitig sind die Kosten der Gewässerunterhaltung zu senken und die Umlage gemäß
706 novelliertem Wassergesetz stärker nach dem Vorteilsprinzip auszurichten. Wasser ist ein
707 derart wichtiges Allgemeingut, dass es weder als Lebensgrundlage privatisiert noch in Form
708 von Gewässern veräußert werden darf. Die finanziellen Vergünstigungen durch eine
709 Entgeltbefreiung bei der Wasserentnahme für die Braunkohleförderung sind abzuschaffen.

710 Die Landwirtschaft wird dennoch Pflanzen brauchen, die unter veränderten
711 Umweltbedingungen gedeihen. Innovative Pflanzenzüchtung kann die Landnutzung und
712 Wertschöpfung im ländlichen Raum stärken. Das ist eine Zukunftsaufgabe mit
713 Langzeitcharakter. Daraus ergibt sich kein Freibrief für die Agrogentechnik. Im Gegenteil:
714 DIE LINKE bleibt bei ihrem strikten Nein zu dieser Risikotechnologie.

715 In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich die Erwartungen, die mit dem Einsatz von
716 gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) verbunden sind, nicht erfüllen. Vielmehr werden
717 Landwirte in die Abhängigkeit einer Technologie gebracht, deren negative Auswirkungen
718 nicht absehbar sind. Wir setzen uns für ein Land Brandenburg als gentechnikfreie Region
719 und ein Anbau- und Verbreitungsverbot ein – gerade auch weil die anbietenden Konzerne
720 nicht umfänglich haften, kein unabhängiges Langzeitmonitoring, keine durchgängige
721 Kennzeichnung der Futter- und Lebensmittel und somit keine echte Wahlfreiheit für Erzeuger
722 und Konsumenten gesichert sind. Statt für Monokulturen setzt sich DIE LINKE für eine gute
723 fachliche Praxis mit Fruchtfolgen und schonender Bodenbearbeitung ein. Es geht um mehr
724 als nur das Abwenden eines Imageschadens, es geht um die Akzeptanz Brandenburgs als
725 Natur- und Reiseland und als Spitzenreiter im ökologischen Landbau. Wir unterstützen
726 gentechnikfreie Regionen.

727 Einkommen im ländlichen Raum zu akkumulieren bedeutet gleichermaßen, die reichhaltigen
728 naturräumlichen Gegebenheiten Brandenburgs zu erhalten, zu pflegen und schonend zu
729 nutzen. Ebenso sind diese Landstriche in ihrer Attraktivität für die Erholungsfunktion zu
730 entwickeln. Dazu sind sanfter Tourismus, Umweltbildung und die insbesondere auch
731 personelle Stärkung der brandenburgischen Großschutzgebiete zur Standortsicherung
732 unerlässlich. Natur ist ein Wert an sich. Der Schutz von Arten und Biotopen lässt sich
733 nicht gegen Wirtschaftswachstum und Bautätigkeit aufrechnen. Ohne intakte Umwelt, ohne
734 funktionierenden Landschaftswasserhaushalt und ohne notwendige Anpassungsstrategien
735 zur Vermeidung oder zumindest Abmilderung von Klimaveränderungen stellt sich jeder
736 Fortschritt aufgrund der spezifischen brandenburgischen Bedingungen selbst in Frage.

740 Ein wichtiges landschaftsprägendes Element Brandenburgs – die Alleen – sind bedroht. DIE
741 LINKE setzt sich für eine Neufassung des Alleenkonzeptes mit dem Ziel ein, dass der
742 Alleenbestand jederzeit gesichert ist und nicht, wie gegenwärtig geplant, eine
743 zwischenzeitlich massive Reduzierung der Zahl der Alleebäume in Kauf genommen wird. Zur
744 Sicherung des Alleenbestandes fordern wir die Einrichtung eines Alleenfonds.

A 4.6.15 - sinngemäß

Gelöscht: hat

745 **2. Soziale Sicherung und Bekämpfung von Armut – bessere**
746 **Lebensbedingungen für Kinder. Bezahlbare Lebensumstände für**
747 **alle**

Ausgehend von A
4.6.1

749 **Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle**

750 Selbst das Sozialministerium musste es zugeben: Etwa jeder sechste ist in unserem Land
751 von Armut bedroht. Das betrifft fast eine halbe Million Menschen. Und die Berechnungen
752 beziehen sich auf die Zeit vor der großen Krise.

753 Vieles von dem, was hier politisch getan werden kann, liegt in den Händen des Bundes, nicht
754 der Länder. Die Hartz-Gesetze waren und sind Bundesgesetze – doch Brandenburgs
755 Regierung hat dagegen nie ernsthaft etwas unternommen. Eine rot-rote Landesregierung
756 kam 2004 gerade deshalb nicht zustande. Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg – ohne
757 Wenn und Aber! Nötig ist eine bedarfsdeckende Mindestsicherung – statt Armut per Gesetz.
758 Wir wollen einen Sozialstaat, der vor Armut schützt, soziale Ausgrenzung verhindert und
759 Menschen würdig behandelt.

Sinngemäß A 4.6.16

Gelöscht : An seine Stelle
muss

Gelöscht : treten

Gelöscht : : Nicht

Gelöscht : – sondern die
Wiedereinsetzung eines

Gelöscht : es

760 Brandenburg hat sich mit der derzeitigen Landesregierung zu viele Fesseln für ein
761 erkennbares politisches Agieren auf der Bundesebene auferlegt. Unser Land muss künftig
762 aber im Bund klar seine Stimme nicht nur für den gesetzlichen Mindestlohn erheben,
763 sondern sich auch ebenso deutlich für weitere Schritte gegen Armut und Armutsrisiken
764 einsetzen. Notwendig ist eine Grundsicherung für alle, die Armut verhindert. Die Regelsätze
765 müssen schnellstmöglich aufgestockt werden – vor allem für Kinder. Das Rentenniveau ist
766 zu sichern, der Rentenwert (Ost) auf Westniveau anzuheben. Wir brauchen ein
767 Bundesgesetz, damit Praktika nicht mehr als Deckmantel für Dumping-Löhne für
768 Berufseinsteigerinnen und –einsteiger missbraucht werden können. Auf der Tagesordnung
769 stehen bundesgesetzliche Regelungen, die einkommensschwache Haushalte durch den
770 Erlass von Grundgebühren o. ä. gegen explodierende Energiekosten schützen.

771 Um gerade in Krisenzeiten das schnelle Abrutschen der Arbeitslosen in Hartz IV zu verhin-
772 dern und die Binnenkaufkraft in der Phase des konjunkturellen Abschwungs nicht weiter zu
773 schwächen, wollen wir dringend eine 24-monatige Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I.

774 Die Zunahme von Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung wurde
775 durch die Hartz-Gesetze stark beschleunigt. Insbesondere Frauen sind von dieser
776 Entwicklung betroffen. Diese Einfallstore für Niedriglohnbeschäftigung müssen geschlossen
777 werden. Die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der
778 Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die volle Sozialversicherungsp-
779 flicht für jede geleistete Arbeitsstunde und die Wiederherstellung des Qualifikationsschut-
780 zes sind unverzichtbar.

781 Im Lande selbst ist dafür zu sorgen, dass materielle Armut nicht in Ausgrenzung mündet.
782 Das beste Mittel dafür ist der Weg zurück in Existenz sichernde Erwerbsarbeit – Fortbildung
783 und Umschulung für Erwerbslose hat deswegen einen hohen Stellenwert. Wir schlagen ein
784 Sonderprogramm Fachkräftequalifizierung von Schulabschluss bis Rente unter Berücksichti-
785 gung der Gleichstellung von Mann und Frau vor.

786 Um die gesellschaftliche Teilhabe aller zu sichern, setzen wir uns für Familienpässe und
787 Kulturtickets ein. Menschenwürde und Wohnen gehören eng zusammen. Wir brauchen in
788 Brandenburgs Kommunen Wohnungssegmente, die für einkommensschwache Haushalte
789 vorgehalten werden.

790 Ein großer Erfolg war, dass wir 2008 im Bündnis mit anderen über eine Volksinitiative ein
791 Sozianticket durchsetzen konnten. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft eine
792 Grundvoraussetzung für die Integration in der Arbeitswelt, für den vollwertigen Zugang zur
793 öffentlichen Daseinsvorsorge und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilität

794 muss daher buchstäblich für Jede(n) zugänglich sein.
795 Wir nehmen daher eine Einschränkung von Mobilität in Beruf, Arbeitssuche, Kultur und
796 Freizeit aufgrund eines geringen Einkommens nicht hin. Daher wollen wir das Sozialticket
797 (Mobilitätsticket) über das Jahr 2010 hinaus weiterführen und sozial gerechter ausgestalten:
798 Wir werden ein Sozialticket – vergleichbar dem Senienticket – auf den Weg bringen, das
800 allen Beziehern von Arbeitslosengeld II und ähnlich niedrigen Ein-
802 kommen die Nutzung des gesamten öffentlichen Regionalverkehrs
804 im Raum Berlin-Brandenburg zum Preis von 45 Euro pro Monat
806 ermöglicht. Von diesem Ticketpreis sollen mindestens 20 Euro von
808 der Agentur für Arbeit als zusätzliche Mobilitätspauschale zur
810 beruflichen Neuorientierung getragen werden. Zu deutlich abge-
811 stuften Preisen soll das Ticket auch als Tagesfahrkarte und für Teilräume erhältlich sein.
812

Schlüsselvorhaben 7:
**Sozialticket für die
ganze Region und für
Einzelfahrten**

813 **Kinder vor Armut schützen**

814 In Brandenburg wächst inzwischen jedes vierte Kind in Armut auf. In einigen Regionen des
815 Landes ist sogar jedes dritte Kind von Armut betroffen. Wir halten das für einen Skandal und
816 werden uns damit nicht abfinden – im Wissen darum, dass auch dieses Problem nicht zuletzt
817 ein Resultat der verfehlten Sozialpolitik der letzten beiden Bundesregierungen ist. Also
818 müssen Veränderungen in den bundesweiten Regelungen erfolgen.

819 Wir wollen deshalb eine Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder im Bundesrat
821 auf den Weg bringen. Kinder sind eine eigenständige
823 Bevölkerungsgruppe und keine „preiswerten“ Erwachsenen. Ihr
825 Bedarf muss eigenständig ermittelt werden und darf nicht wie
827 bisher eine prozentuale Ableitung vom Regelsatz für Erwachsene
829 sein.

Schlüsselvorhaben 8:
**Initiative zur
armutsfesten
Grundsicherung für
Kinder**

831 Wir schlagen vor, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die
833 regelmäßig den Bedarf von Kindern und Jugendlichen berechnet
834 und Empfehlungen zu dessen Sicherstellung formuliert. Bis zur Bestimmung des
835 altersspezifischen Bedarfs für Kinder und Jugendliche orientieren wir uns an den Vorgaben
836 der Sozial- und Familienverbände. Demnach sollten die bis 5-jährigen 276 Euro und 6- bis
837 13-jährige 332 Euro (bisher 211 Euro) erhalten und die 14- bis 17-jährigen 358 Euro (bisher
838 281 Euro) bekommen.

839 Das Land steht natürlich auch in Verantwortung, wenn es darum geht, die sozialen und
840 rechtlichen Barrieren für die Kinder abzubauen. Auf der Tagesordnung steht für DIE LINKE
841 der uneingeschränkte Rechtsanspruch für jedes Kind auf eine hochwertige Kindertagesstät-
842 tenbetreuung, und dies ganztägig und schrittweise gebührenfrei.

843 Perspektivisch wollen wir erreichen, dass alle Kinder in Kitas und Grundschulen kostenlos
844 ein gesundes Mittagessen erhalten. Der Einstieg muss jetzt erfolgen! Kinder aus sozial
845 bedürftigen Familien müssen zumindest einen Zuschlag für die Kosten eines solchen
846 Mittagessens erhalten.

847

848 **Altersarmut verhindern – Gute Rente für alle**

850 Im Osten Deutschlands ist die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung in den
852 meisten Fällen das einzige Einkommen im Alter. Es ist zu befürchten, dass sich
854 Niedriglohn und Arbeitslosigkeit zukünftig in den Rentenbiografien nachteilig bemerkbar
856 machen werden. Viele Renterinnen und Rentner in Brandenburg werden von Altersarmut
858 betroffen und auf Sozialhilfe angewiesen sein. In Zusammenarbeit mit unserer Fraktion
859 im Bundestag werden wir uns daher für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme
860 einsetzen. Lebensstandardsicherung muss wieder zum zentralen Ziel der Rentenpolitik

A 10; dem Sinne nach
auch A 11

861 [erhoben werden. So können Altersarmut verhindert und die Teilhabe am gesellschaftlichen](#)
862 [Leben sicher gestellt werden.](#)

863

864 **Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen**

865 Bei einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von cirka 1 500 Euro in Branden-
866 burg gibt es nicht viel Spielraum. Unser Land liegt damit noch unter dem ostdeutschen
867 Durchschnitt. Etwa drei Viertel der Ostdeutschen sagen, dieses Einkommen sei zu knapp
868 und nur mit Einschränkungen geeignet, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. In den letzten Jahren
869 hat es eher mehr als weniger Anlass zu dieser Einschätzung gegeben.

870 Umso wichtiger ist es, dass die Landespolitik starkes Augenmerk auf bezahlbare
871 Lebensumstände legt. Deswegen wollen wir dem zunehmenden Anstieg von Gebühren und
872 Beiträgen durch ein Gebühren- und Beitragsbegrenzungsgesetz entgegen wirken. Und wir
873 wollen erreichen, dass Mieten und Nebenkosten bezahlbar gestaltet und gehalten werden.
874 Im Abwasserbereich belasten hohe Gebühren und Anschlussbeiträge wie in keinem anderen
875 Bundesland Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittelständische Unternehmen. Wir
876 fordern eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg.
877 Beitragsforderungen gegenüber so genannten „Altanschließern“ aus DDR-Zeiten, die bis
878 Ende 2003 verjährt gewesen waren, dürfen nicht wieder aufleben. Verjährte Beitragsforde-
879 rungen müssen verjährt bleiben.

880 Der Aufbau großer zentraler Abwassersysteme mit wenigen Klärwerkstandorten hat sich im
881 dünn besiedelten Flächenland Brandenburg als besonders unwirtschaftlich, unökologisch
882 und unsozial erwiesen. Geblieben sind überdimensionierte Kläranlagen, kilometerlange
883 Leitungsnetze und viele verschuldete Zweckverbände. Wir fordern die Fortführung des
884 Schuldenmanagementfonds für besonders betroffene Aufgabenträger. Wenn das Land aber
885 Geld in die Hand nimmt, dann nicht, um zu strecken, sondern um zu korrigieren. Eine
886 Gesamtoffensive für einen sozial verträglichen Umbau der Wasser- und Abwasserwirtschaft
887 in Brandenburg ist notwendig. Wir setzen uns für eine Lockerung des Anschluss- und
888 Benutzungszwanges im ländlichen Raum ein. Bürgerinnen und Bürger sollen dort zukünftig
889 selbst entscheiden können, ob sie neu an zentrale Kläranlagen angeschlossen werden oder
890 Wiederaufbereitungsanlagen nach hohen ökologischen Standards betreiben.

891 Auch die Kontrolle und dauerhafte Begrenzung der Energiepreise sind eine zentrale Aufgabe.
892 Strom und Wärme müssen für alle Menschen bezahlbar sein. Energie ist ein fester
893 Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Brandenburg darf sich da nicht hinter dem
894 Bund verstecken – vielmehr gilt es, bundespolitisch klar Position zu beziehen: für die
895 Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen durch passende
896 steuerliche Instrumente, durch energetische Sanierung von Wohnraum für Einkommens-
897 schwache, für die Entkoppelung der Preisentwicklung der Energieträger Gas und Öl, für eine
898 verbesserte Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen, für den diskriminierungs-
899 freien Zugang zu den Netzen auch für kleine Anbieter oder für Stadtwerke sowie für die
900 Trennung von Netzbetrieb und Energieerzeugung. Das Landeskartellamt muss entschiedener
901 Energiepreise kontrollieren und korrigieren.

902 Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Brandenburg sich in Zusammenarbeit mit anderen
903 Bundesländern für Änderungen des Mietrechts einsetzt – das betrifft vor allem die Reduzie-
904 rung der Neuvermietungszuschläge und der Modernisierungskostenumlage sowie ein
905 größeres Gewicht von Bestandsmieten in Mietspiegeln. Die Spirale der steigenden
906 Wohnkosten muss durch solche Änderungen des Mietrechts, durch Reduzierung der
907 kommunalen Gebühren, durch Stärkung der kommunalen und genossenschaftlichen
908 Wohnungsunternehmen sowie durch Streichung der Altschulden gestoppt werden. Gerade
909 letzteres schafft für die Wohnungsunternehmen Spielräume für Investitionen und freiwillige
910 soziale Projekte. Bezahlbare Wohnungen für alle Generationen und für Singles, barrierefreies
911 Wohnen und generationsübergreifendes gemeinsames Wohnen sind zu sichern.

912 Mietobergrenzen sollen jene vor Verdrängung schützen, die seit langem in ihrem Kiez
913 wohnen.

914 Bezahlbare Lebensumstände für alle schließen auch ein gerechtes Tarifsysteem im
915 Öffentlichen Personennahverkehr ein – über das Sozialticket hinaus. Wir streben eine
916 einheitliche zielgruppenspezifische tarifliche Ausgestaltung im VBB durch Umwelt-/Freizeit-
917 tickets, Semestertickets, Schülerfreizeitickets, Ferientickets, Senientickets Berlin
918 Brandenburg und Familienpässe an. Diese Möglichkeiten sollen als Monats-, Mehrtages- und
919 Tageskarten und Tickets für Stadtverkehre angeboten werden. Schüler- und
920 Ausbildungstickets wollen wir perspektivisch beitragsfrei gestalten und neben der
921 Beförderung zu den Bildungsstätten auch auf die Freizeit und den gesamten VBB-Bereich
922 ausweiten. Die Finanzierung soll als Landesaufgabe aus dem Verkehrshaushalt erfolgen.

923 **Verbraucherinnen und Verbraucher schützen**

924 Ob in den Bereichen Abwasser, Energie, Lebensmittel, Gesundheit, Finanzen,
925 Dienstleistungen oder Umwelt: Überall betrifft der Verbraucherschutz die konkreten sozialen
926 Belange der Menschen. Der Schutz vor gesundheitlichen und sozialen Risiken, vor
927 rechtlichen oder finanziellen Nachteilen muss Vorrang vor wirtschaftlichen Kapitalinteressen
928 haben. Lebensmittelskandale, unkontrolliert steigende Energiepreise, unseriöse Finanz- oder
929 Jobangebote, Haustür- und Internetgeschäfte machen deutlich: Das Recht der
930 Verbraucherinnen und Verbraucher auf umfassende Information und Transparenz muss
931 gewährleistet werden. Informations- und Beratungsstrukturen sind so zu gestalten, dass sie
932 von allen Menschen unabhängig vom sozialen Status genutzt werden können. Wir
933 unterstützen unabhängige Verbraucherorganisationen und setzen uns dafür ein, dass
934 Verbraucherrechte konsequent gestärkt werden.

935 **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an**

936

937 **Was wir haben – und was wir brauchen**

938 Menschen brauchen in einer Gesellschaft, die in zunehmendem Maße auf Wissen beruht,
939 mehr denn je sozial gleichen Zugang zu Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Verfügung
940 über diese Freiheitsgüter entscheidet schon heute und mehr noch künftig über die
941 Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit, über Beschäftigung, Teilhabe
942 an Entscheidungsprozessen, Flexibilität in Zeiten permanenten Wandels und über die
943 Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebensweisen. Das ist gleichzeitig auch die
944 Voraussetzung für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, für eine Beendigung des Raubbaus an
945 der Natur, für die Schaffung friedlicher, demokratischer Verhältnisse, für mehr Toleranz und
946 gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

947 Brandenburgs Bildungssystem fehlt es heute sowohl an Qualität als auch an Kontinuität.
948 Knackpunkte sind die unzureichende Personalausstattung und die frühe Auslese. Dazu
949 kommt die chronische Unterfinanzierung. Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und
950 Bürger glaubt nicht, dass dieses Bildungssystem die jungen Leute gut auf das Leben
951 vorbereitet. Zu Recht: 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne
952 Abschluss, nur 13,5 Prozent eines Altersjahrgangs erlangen einen Hochschulabschluss. Die
953 Betriebe klagen über Fachkräftemangel.

954 Zunehmend macht sich auch in Brandenburg ein verhängnisvoller Zusammenhang zwischen
955 sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung/Bildungserfolg breit.

956 Wenn die Bildungspolitik nach der Landtagswahl weiterhin von SPD und CDU bestimmt wird,
957 wird sich an all dem wieder nichts durchgreifend ändern – allen Bekenntnissen im
958 Wahlkampf zum Trotz. Wir meinen, das kann sich Brandenburg nicht noch einmal leisten.

959

960 **Für ein Höchstmaß an individueller Förderung**

961 Sanierte Schulgebäude, neue Computerkabinette, gut ausgerüstete Labore für den
962 Unterricht in naturwissenschaftlichen Fächern sind nötig und wichtig. Entscheidend für den
963 Bildungserfolg ist jedoch, was in den Klassenzimmern passiert. Wir treten für gemeinsames
964 Lernen und ein Höchstmaß an individueller Förderung ein, um jeden einzelnen Heranwach-
965 senden nach seinen Stärken und Schwächen fördern zu können. Dafür brauchen wir die
966 Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte in den Schulalltag und vor allem mehr Zeit für
967 den individuellen Dialog zwischen Lehrer und Schüler. Diese Zeit kann nur gewonnen
968 werden, wenn die Klassen in den Schulen und die Gruppen in den Vorschuleinrichtungen
969 kleiner werden.

970 Wir wollen dafür sorgen, dass keine Schulklasse im Land mehr als 24 Schüler zählt. Die
971 verbesserte Personalausstattung ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung
972 zukunftsfähiger Bildungskonzepte. Darüber hinaus muss endlich
973 der Skandal beendet werden, dass Unterricht in
975 Größenordnungen ausfällt bzw. solcher Ausfall mit windigen
977 Notlösungen kaschiert wird. Um dies zu erreichen, muss der
979 Abbau der Lehrerstellen in Brandenburg sofort gestoppt werden.
981 Was für die Schule richtig ist, gilt ebenso für die
983 Kindertageseinrichtungen: Je kleiner die Gruppen, desto mehr
985 persönliche Zuwendung, menschliche Wärme und vorschulischer
987 Bildungsfortschritt.
989

990 Es bedarf dringend einer Verbesserung der Betreuungsrelationen in den Kindertagesstätten.
991 Bei den unter Dreijährigen muss sie zunächst von 1 zu 7 auf 1 zu 6 (eine Erzieherin auf 6

Schlüsselvorbaben 9:
**Keine Schulklasse mit
mehr als 24 Schülern .
Besserer
Betreuungsschlüssel in
den Kitas**

992 Kinder) und bei den 3- bis 6-jährigen von 1 zu 13 im ersten Schritt auf 1 zu 12 abgesenkt
993 werden.

994 Noch in dieser Legislaturperiode streben wir für die 3- bis 6-jährigen einen
995 Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 an. Es wird mit uns einen Stufenplan zur Verbesserung der
996 Leitungsfreistellung und zur Anerkennung der wirklich geleisteten Arbeit der Erzieherinnen
997 und Erzieher geben.

Gelöscht: Perspektivisch

A 21.1.

998 Mit diesem Projekt wäre ein wichtiger Durchbruch zu mehr Qualität in der Bildung und auch
999 zu mehr Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit getan.

1000 Ein zukunftsfähiges Bildungswesen verlangt jedoch mehr als nur kleinere Klassen. Das
1001 beginnt beim Geld. Gerade in Krisenzeiten gilt es, verstärkt in Bildung zu investieren. Nicht
1002 nur 4,4 Prozent des brandenburgischen Bruttoinlandsprodukts wie bisher, sondern 7 Prozent
1003 davon müssen in die Bildung fließen. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Bildung von
1004 der Kita über die Schule, Ausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung langfristig
1005 beitragsfrei wird.

1006

1007 **Auf den Anfang kommt es an**

1008 Auf den Anfang kommt es an: Kinder haben von Geburt an ein Recht auf Bildung, Erziehung
1009 und Betreuung. Die Kindertagesbetreuung bedarf eines hohen professionellen Niveaus,
1010 damit Kinder frühzeitig gestärkt werden, ihre „Weltaneignung“ in einem sozialen Kontext
1011 ermöglicht wird. Deswegen halten wir einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf
1012 Kindertagesbetreuung für angebracht. Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sollen
1013 schon bei vierjährigen Kindern einsetzen. Damit genug Fachkräfte da sind, steht eine
1014 Qualifizierungsoffensive an. Die Fachhochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
1015 wollen wir ausbauen.

1016

1017 **Eine Schule für alle**

1018 In der Schule ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam und
1019 voneinander lernen. Eine solche Schule für alle stärkt die Kompetenzen der besonders
1020 leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler, weil sie lernen, Wissen und Fähigkeiten zu
1021 vermitteln. Davon profitieren auch die Leistungsschwächeren, denn Kinder lernen besonders
1022 gut von Kindern. Durch individuelle Förderung werden ungleiche Startbedingungen
1023 ausgeglichen und besondere Fähigkeiten weiter ausgeprägt. Das ist eine Schule mit einer
1024 neuen Philosophie: Fördern statt Auslesen – Inklusion statt Selektion. Sie erreicht so zwei
1025 Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Lust auf Leistung entsteht durch Freude am
1026 Lernen, nicht durch eine Verschärfung von Auswahlverfahren wie Zulassungsbeschränkungen,
1027 Sitzenbleiben oder Kopfnoten. Wir setzen auch nicht allein auf Faktenwissen, sondern
1028 zugleich auf Methodenkompetenz, Medienkompetenz, Innovationsfreude, Flexibilität, soziale
1029 und personelle Kompetenz.

1030 Kita und Schule müssen Orte des Lernens und des Lebens und Orte der Kommunikation von
1031 Kindern und Jugendlichen untereinander und mit der gesamten Gesellschaft sein.
1032 Wohnortnähe von Kitas und Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation
1033 von Heranwachsenden mit dem sie umgebenden Wohnumfeld.

1035 Daher setzen wir uns für ein integratives Schulsystem in
1037 Form der Gemeinschaftsschule ein. In der nächsten
1039 Legislaturperiode gilt es, die Voraussetzungen dafür zu
1041 verbessern und erste Schritte auf dem Weg zum längeren
1043 gemeinsamen Lernen einzuleiten. Wir wollen es Schulen
1045 ermöglichen, auf freiwilliger Basis über eine
1046 Öffnungsklausel im Schulgesetz als Gemeinschaftsschule zu arbeiten. Unser schulpolitischer

Schlüsselvorhaben 10:
**Gemeinschaftsschule
auf den Weg bringen**

A 21-2 und 21.3

1047 Weg für die nächsten Jahre sieht daher folgendes vor:

1048 Schulstandorte werden wir sichern, indem wir die Kooperation zwischen Grund- und
1049 weiterführenden Schulen mit dem Ziel fördern, sie langfristig zusammenführen zu können.
1050 Das System der Flexiblen Eingangsphase (FLEX), in der in den ersten zwei Schuljahren jahr-
1051 gangübergreifend unterrichtet wird, werden wir ausweiten, bis es letztlich flächendeckend
1052 besteht – bei entsprechender personeller und sächlicher Ausstattung. Die Angleichung der
1053 Rahmenbedingungen, wie u. a. Bildungsauftrag in Rahmenlehrplänen und bei der Stundenzu-
1054 weisung, für Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bis Klasse 10 soll zu mehr
1055 Durchlässigkeit beitragen und Schülerinnen und Schülern ermöglichen, bei entsprechenden
1056 Leistungen von der Oberschule auf das Gymnasium zu wechseln. Kinder mit sonderpädagogi-
1057 schem Förderbedarf werden wir stärker in den gemeinsamen Unterricht an allgemein- und
1058 berufsbildenden Schulen einbeziehen. Dazu bedarf es der Ausbildung und des Einsatzes von
1059 deutlich mehr SonderpädagogInnen. So lange sie nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung
1060 stehen, werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf neben
1061 dem gemeinsamen Unterricht auch an Förderschulen unterrichtet. Wir sorgen für weniger
1062 Bürokratie und mehr Eigenverantwortung für die Schulen – dazu gehört auch die Erweiterung
1063 der Leitungsfreistellung für Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir schaffen mehr und bessere
1064 Ganztagschulen und verbessern die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe.
1065 Polytechnische Bildung, Medienkompetenz und Berufswahlorientierung an allgemein
1066 bildenden Schulen werden wir verstärken.

1067 Wir treten für eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe ein, so dass Schülerinnen und
1068 Schüler entsprechend ihrem individuellen Lerntempo das Abitur
1069 nach zwölf oder dreizehn Jahren ablegen können. Außerdem
1071 werden wir Schritte zur Erhöhung der Zahl der Schülerinnen und
1073 Schüler einleiten, die pro Altersjahrgang die Schule mit einem
1075 Abiturabschluss verlassen.
1077

Schlüsselvorbaben 11:
**Elternbeitragsfreie
Schülerbeförderung**

1078 Die Schülerbeförderung ist grundsätzlich elternbeitragsfrei zu gestalten und als
1079 Landesaufgabe zu finanzieren.

1080

1081 Gutes Personal

1082 Eine gute Schule benötigt eine gute Personalausstattung. Es darf keine weiteren
1083 Stellenkürzungen geben – dafür aber eine solide mittelfristige Personalplanung auf der
1084 Grundlage der tatsächlichen und zukünftigen Bedarfe. Dazu gehört eine Ausbildungs- und
1085 Einstellungsoffensive für junge Lehrkräfte, um dem drohenden Lehrkräftemangel ab 2013
1086 vorzubeugen. Die Einstellung von mindestens 500 jungen Lehrkräften jährlich ist zu sichern.
1087 Zu einer auskömmlichen Personalausstattung gehören außerdem mehr SchulpsychologIn-
1088 nen, SonderpädagogInnen und SchulsozialarbeiterInnen. Die Lehrerbildung muss
1089 praxisorientierter werden. Wir wollen ermöglichen, sich auch an den Hochschulen und in der
1090 Wirtschaft fortzubilden.

A 21.4.

1091

1092 Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend

1093 Eine weltoffene Gesellschaft braucht mündige, selbst bestimmte und handlungsfähige
1094 Bürgerinnen und Bürger. Die bisherigen Angebote seitens der Schule reichen dafür nicht
1095 aus. Deshalb werden wir uns für die Stärkung der politischen Bildung in allen Schulstufen
1096 und Schulformen einsetzen. Kooperierende Einrichtungen für dieses Anliegen, wie Fach- und
1097 Gedenkstättenverbände, die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen,
1098 Jugendarbeit und Schule, und das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg sollen dafür
1099 gestärkt werden. Die Voraussetzungen für interkulturelle Bildung zu verbessern, ist uns nach
1100 der Verabschiedung des „UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der
1101 Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ ein besonderes Anliegen.

A 1.1.

Gelöscht: RAA

1102 | Brandenburg braucht eine europäische Werte- und Kulturerziehung, die europäische
 1103 | Identität stärkt und Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit
 1104 | fördert. Wir unterstützen die „Potsdamer Bürgererklärung“ (2008). Europapolitischen
 1105 | Bildungsangeboten in allen Schulen und Kindertagesstätten kommt eine besondere
 1106 | Bedeutung zu. Wir wollen nicht nur einen, sondern viele „Europa-Projekt-Tage“ an unseren
 1107 | Schulen. Europäische Kultur und Geschichte, vor allem die unseres Nachbarlandes Polen,
 1108 | und umfassende Kenntnisse über Entstehung, Gegenwart und Zukunft der Europäischen
 1109 | Union müssen zum Grundwissen aller gehören, die eine Schule in Brandenburg verlassen.
 1110 | Besonders die Lehreraus- und Weiterbildung hat dafür Voraussetzungen zu schaffen. Durch
 1111 | die Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit – wie von
 1112 | Europarat und EU angeregt – könnten die Brandenburger nur gewinnen: Andere Kulturen
 1113 | wären als Bereicherung für das eigene Leben erfahrbar, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt
 1114 | im In- und Ausland würden wachsen, die Fähigkeit entwickelt werden, den politischen Dialog
 1115 | in Europa durch mehrsprachige Kommunikation aktiv mitgestalten zu können.

A 1.2.

Gelöscht: Ford
 erung in der

redaktionell

1116 | DIE LINKE will mit einem Konzept zur Vermittlung der niedersorbischen (wendischen)
 1118 | Sprache den längst überfälligen Beitrag Brandenburgs zur Umsetzung der
 1120 | europäischen Minderheitenabkommen leisten. Das Niedersorbische (Wendische)
 1122 | gehört zu den am meisten bedrohten Sprachen – Europarat und UNESCO haben
 1124 | Brandenburg deshalb 2008 scharf kritisiert. Zu einem solchen Konzept gehören die

A 1.3.

A 1.4.

Gelöscht: euro
 päischen

1126 | Fortführung des bilingualen „Witaj-Projekts“ in der Sekundarstufe I und II und die
 1128 | Erweiterung des Netzes von sorbischen (wendischen) Kindertagesstätten im
 1130 | angestammten Siedlungsgebiet, vor allem aber die Qualität der sprachlichen Bildung
 1132 | zu sichern. Der Profilierung des Niedersorbischen Gymnasiums Cottbus als einziger
 1134 | zum Abitur führender sorbischer (wendischer) Schule muss die besondere
 1136 | Aufmerksamkeit gehören. Vorrangige Aufgabe dieses Gymnasiums muss die
 1137 | Bewahrung der niedersorbischen Sprache sein! Damit die Vermittlung der Sprache auf
 1138 | hohem fachlichem Niveau im Zentrum der Arbeit der Schule stehen kann, bedarf es
 1139 | geänderter Rahmenbedingungen: Verzicht auf jegliche Versetzungen von sorbischen Lehrern
 1140 | in rein deutsche Schulen, Vorkenntnisse der sorbischen Sprache und Kultur als
 1141 | Einstellungsbedingung für neu an die Schule kommende Lehrkräfte. Darüber hinaus hat das
 1142 | Land die Aus- und Weiterbildungskapazitäten für Lehrer, die Niedersorbisch (Wendisch) im
 1143 | Sprach- wie im Fachunterricht vermitteln, zu erweitern und zu sichern, dass mehr und
 1144 | bessere Lehr- und Lernmaterialien in der Minderheitensprache erarbeitet werden.

A 1.5.

A 1.6.

redaktionell

Gelöscht: im
 Land Brandenburg
 auf den Weg
 bringen und damit

Gelöscht: der

Gelöscht: hat

1146 | **Qualifizierte Berufsausbildung**
 1147 | Aus unserer Sicht hat jeder Jugendliche das Recht auf einen voll qualifizierten
 1148 | Ausbildungsplatz. Das sollte in der Verfassung stehen wie im wirklichen Leben Realität sein.
 1149 | Nicht selten erwartet der Arbeitgeber schon zu Beginn der Lehrzeit Kenntnisse und
 1150 | Fähigkeiten, über die die Auszubildenden am Anfang noch gar nicht verfügen können.
 1151 | Deutlich wird hier, dass Auszubildende oftmals als billige Arbeitskräfte angesehen werden.
 1152 | In anderen Fällen werden Auszubildende hingegen für unqualifizierte Tätigkeiten eingesetzt,
 1153 | statt auf die Ausübung des gewünschten Berufes vorbereitet zu werden.
 1154 | Kern der beruflichen Ausbildung ist für uns nach wie vor das duale Ausbildungssystem. Wir
 1155 | legen auf beide Seiten wert: Es geht uns einerseits um mehr betriebliche Ausbildungsplätze
 1156 | und andererseits um starke und gute Berufsschulen.
 1157 | Ausbildungsplätze sollen mit ausreichender sozialer Absicherung und guten
 1158 | Übernahmechancen verbunden sein. Die Ausbildungslasten müssen zwischen den
 1159 | Unternehmen gerecht verteilt und Unternehmen stärker an Ausbildung interessiert werden.
 1160 | Damit sich kleinere Unternehmen an der Berufsausbildung beteiligen können, streben wir
 1161 | eine Umlagefinanzierung an. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die Landesverwaltung

A 1.7.

A 1.8.

Gelöscht: weite
 ren

Gelöscht: gilt

Gelöscht: ¶
 Nicht nur die
 Stiftung für das
 sorbische Volk und
 die Kommunen,
 sondern vor allem
 das Land hat dafür
 die wesentlichen
 Voraussetzungen zu
 schaffen: durch die
 Erweiterung der

Gelöscht: auf
 hohem sprachlichen
 Niveau vermitteln,
 und die Erarbeitung
 sorbischsprachiger

Gelöscht: Das
 Engagement der
 Sorben (Wenden)
 zum Erhalt ihrer
 Sprache bedarf
 dauerhaft der
 Unterstützung durch
 das Land. ¶
 Zwischen Schule
 und Erwerbsleben
 liegen
 Berufsausbildung
 bzw. Studium. ¶

1162 nicht länger ein negatives Beispiel abgibt. Die Ausbildungsquote hier ist minimal (1,25
1163 Prozent im Jahr 2007) – wir hingegen orientieren uns an mindestens 6 Prozent im
1164 Öffentlichen Dienst des Landes, der Kommunen sowie der öffentlichen Körperschaften.

1165 Zur Stärkung der Berufsschulen halten wir seitens des Landes eine Berufsschulnetzplanung
1166 für erforderlich, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und bei der die demografischen
1167 Probleme berücksichtigt werden. Berufsschullehrer brauchen ein grundständiges Studium,
1168 um die fachgerechte Ausbildung des künftigen Fachkräftebedarfs abzusichern. Zur
1169 Sicherung der Qualität in Berufsausbildung und Berufsberatung tragen die Wiedereinführung
1170 der Ausbildungseignungsverordnung, regelmäßige Kontrollen der Ausbildungsqualität sowie
1171 Mitspracherechte von Auszubildendenvertretungen bei.

1172 Die Übergänge aus der Schule in die Ausbildung und aus der Ausbildung in die
1173 Berufstätigkeit oder in eine weitere Bildungsphase sind derzeit immer noch von unzähligen
1174 Barrieren geprägt. Schulisch erworbene Qualifikationen müssen im Ausbildungssystem
1175 anerkannt werden. Im Interesse einer besseren Ausbildung von Benachteiligten wäre das
1176 Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) durch praxisnahe modulare Ausbildungsformen mit
1177 sozialpädagogischer Begleitung und durch effektive Hilfen für den Übergang in Arbeit zu
1178 ersetzen.

1179

A 21.5

Gelöscht: Bildungsgänge, die nicht berufsqualifizierend sind oder sich nicht auf berufsqualifizierende Bildungsgänge beziehen, sind abzuschaffen.

1180 Eine neue Hochschulpolitik

1181 Die Brandenburgischen Hochschulen und das Land haben seit der Wende eine beachtliche
1182 Aufbauleistung vollbracht. Spitzenleistungen in einigen Bereichen von Forschung und Lehre
1183 sind Teil von erfolgreichen Kompetenzfeldern in Brandenburg und tragen somit zur Siche-
1184 rung der Zukunft unseres Landes bei. In vielen Bereichen, etwa der Betreuungsrelation oder
1185 den Ausgaben pro Studierendem, ist Brandenburg aber schlecht aufgestellt. Die rasante
1186 Entwicklung in Wissenschaft und Gesellschaft erfordert ungeheure Anstrengungen für eine
1187 kontinuierliche Modernisierung der Hochschullandschaft, damit wir in diesem Bereich Schritt
1188 halten können: Brandenburg muss zu einem sozialen und modernen Hochschulland werden.

1189 Um dies zu erreichen, muss in der Hochschulpolitik umgesteuert und von der SPD/CDU-
1190 Koalition abgelehnte Impulse müssen aufgegriffen werden.

1191

A 4.7.5 (TÜ)

Gelöscht: Vor allem in den folgenden fünf zentralen Bereichen gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf:

1192 Soziales Studium – soziale Hochschule

1193 Studiengebühren oder Studienkonten wird es mit uns nicht geben. Immatrikulations- und
1194 Rückmeldegebühren sollen abgeschafft werden. Darüber hinaus muss ein Rahmen geschaf-
1195 fen werden, in dem Studierende sozial abgesichert sind und flexibel studieren können. Dazu
1196 gehört eine Studienorganisation, die ein Teilzeitstudium über die gesamte Dauer oder auch
1197 für einzelne Semester ermöglicht. Kinder- und Familienbetreuung, Arbeit neben dem Studi-
1198 um, ehrenamtliches oder politisches Engagement etc. dürfen nicht zu einer Gefährdung des
1199 Studienabschlusses führen. Die neu eingeführte Fristenregelung im Hochschulgesetz, nach
1200 deren Ablauf Exmatrikulation droht, muss umgehend wieder abgeschafft werden.

1201 Nötig ist kurzfristig eine weitere Erhöhung des BAföG, mittelfristig sollen elternunabhängige
1202 und rückzahlungsfreie Studienhonorare zumindest einen Teil des Lebensunterhalts für die
1203 Studierenden decken.

1204 Stellen für studentische MitarbeiterInnen sollen ausgebaut werden. Sie sind nach einer zu
1205 schaffenden tarifvertraglichen Regelung angemessen und Existenz sichernd zu entlohnen,
1206 beispielhaft verfährt hier Berlin. Die Hochschule darf kein Ort prekärer Beschäftigungsver-
1207 hältnisse werden. Daueraufgaben in diesen Bereichen müssen über unbefristete und
1208 tarifgerechte Beschäftigungsverhältnisse abgesichert werden. Zeitweilige Lehraufgaben
1209 müssen zusätzlich sein und auch sie sollen tarifvertraglich geregelt werden. Promovierende
1210 sollen grundsätzlich ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis für die Dauer ihrer Promo-

A 17.9 und 16.5
(TÜ)

1211 tion bekommen.
1212 Die in den letzten Jahren finanziell massiv beschnittenen Studentenwerke sollen besser
1213 ausfinanziert werden.
1214

1215 **Qualität der Lehre**

1216 Die Lehre muss in der Bewertung der Leistungen der Hochschulen einen größeren
1217 Stellenwert bekommen. Dazu muss die Betreuungsrelation an den Hochschulen verbessert
1218 werden. Nur mit intensiver individueller Betreuung durch die Lehrenden kann Lehre
1219 qualitativ gut sein. Das verlangt den Aufbau von 250 zusätzlichen Personalstellen im
1220 Mittelbau bis 2012.

1221 Die Lehre muss im Schwerpunkt von Lehrenden mit ordentlicher Lehrbefähigung ausgeübt
1222 werden. Die Pflicht zur regelmäßigen pädagogischen und didaktischen Weiterbildung ist
1223 gesetzlich zu verankern. In Berufungsverfahren sollen diese Fähigkeiten in der Gesamtbe-
1224 wertung der BewerberInnen einen wesentlichen Schwerpunkt bilden.

1225 10 Jahre nach der Bologna-Erklärung stellt DIE LINKE fest, dass die Ziele der Studienreform
1226 nicht erreicht wurden. Das Bachelor-Master-System verschult das Studium, erhöht den
1227 Leistungsdruck, ist sozial selektiver und lässt ein „studium generale“ kaum zu. Aus unserer
1228 Sicht muss daher die Studienreform weiterentwickelt werden.

1229

1230 **Demokratie in der Hochschule**

1231 Hochschulen sind Schauplätze gesellschaftlichen Diskurses. Deshalb ist die
1232 gleichberechtigte Teilhabe aller Hochschulangehörigen an den Entscheidungsprozessen
1233 zwingend erforderlich. Dazu gehört die viertelparitätische Vertretung der Mitgliedergruppen
1234 in allen Entscheidungsgremien. Studierende sollen als größte Mitgliedergruppe auch in den
1235 Hochschulleitungen vertreten sein.

1236 Wir halten es für erforderlich, die Interessenvertretungen der Hochschulmitglieder intensiver
1237 und institutionalisierter in die Hochschulplanung und den Gesetzgebungsprozess auf
1238 Landesebene einzubinden. Die Landesvertretungen der Statusgruppen sollen ein gesetzlich
1239 verankertes Beteiligungs- und Anhörungsrecht für Gesetzgebungsvorhaben im
1240 Hochschulbereich erhalten. Außerdem wollen wir die Bildung von lokalen Hochschulräten,
1241 die über externe Mitglieder die Verankerung der Hochschulen in ihrem Umfeld und der
1242 Gesellschaft leisten, insgesamt verbessern.

1243

1244 **Freiheit von Forschung und Lehre**

1245 Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut, das die Weiterentwicklung der
1246 Gesellschaft insgesamt sichert. Die notwendige kontinuierliche Modernisierung der Hoch-
1247 schullandschaft darf sich nicht an kurzfristigen Erfordernissen des Marktes orientieren. Ins-
1248 besondere darf sich die Zuweisung von Landesmitteln nicht länger vornehmlich auf Studien-
1249 gänge konzentrieren, die durch ihren Praxisbezug ohnehin besonders guten Zugang zu Dritt-
1250 mitteln haben. Auch muss Raum für kritische Wissenschaft sein. Die Einheit von Lehre und
1251 Forschung muss gewährleistet bleiben. Experimente wie die Lehrprofessur lehnen wir ab.

1252 Zur Freiheit von Forschung und Lehre gehört auch die Freiheit des Studiums. Studierende
1253 müssen das Recht und die Möglichkeit haben, vielfältige Lehrangebote wahrnehmen und
1254 dabei Erfahrungen außerhalb ihres Kernfaches sammeln zu können. Die immer stärkere
1255 Verschulung des Studiums im Rahmen der Studienreform konterkariert das freie Studium
1256 und wird von uns abgelehnt.

1257

1258 **Hochschulzugang**

1259 Brandenburg hat eine niedrige Bildungsbeteiligung. Deswegen lautet unser Schwerpunkt:
1260 Mehr Studierende statt zusätzlicher Zugangshürden. Nur durch eine Erhöhung der
1261 Studierquote kann dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Bereits in
1262 der Schule muss das Interesse für das Studium geweckt und dafür geworben werden. Die
1263 Studienangebote müssen die Wünsche und Interessen von Frauen stärker berücksichtigen –
1264 insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich, aber auch in den Geisteswissenschaften.

1265 Weiterhin müssen die Zugangsvoraussetzungen zu den Hochschulen soweit wie möglich
1266 flexibilisiert werden. Neben dem Abitur sollen künftig auch der Abschluss einer Ausbildung,
1267 entsprechende Berufserfahrung oder sonstige Eignungsnachweise zum Studium
1268 berechtigen. Zulassungsbeschränkungen in konsekutiven Studiengängen gehören grundsätz-
1269 lich abgeschafft. Jede und jeder Studierende mit einem Bachelor-Abschluss muss die
1270 Chance haben, auch den entsprechenden Master-Studiengang zu belegen, um sich weiter zu
1271 qualifizieren. Generell fordern wir: Der Master ist der Regelabschluss.

1272

1273 **Weiterbildung**

1274 Wieder und wieder ist in Brandenburg von Fachkräftemangel die Rede. Dieser Mangel hat
1275 viele Ursachen. Wir halten es für geboten, ihm mit einer Qualifizierungsoffensive entgegen zu
1276 wirken.

1277 Dabei steht mehr zur Debatte als nur eine gesellschaftliche Reparaturmaßnahme. Bildung
1278 wird mehr und mehr zu einem lebensbegleitenden Prozess. Das bedeutet, dass die nach
1279 allgemeiner, universitärer oder beruflicher Erstausbildung einsetzende Weiterbildung zu
1280 einem immer wichtigeren Bestandteil des gesamten Bildungssystems wird. Schon jetzt ist
1281 der Weiterbildungsbereich hinsichtlich seiner Teilnehmerzahlen der größte Bildungssektor.
1282 Dennoch kommt er – trotz großen Engagements von vielen Institutionen und Lehrkräften –
1283 noch nicht systematisch und effektiv dem nach, was sich an gesellschaftlichen und privaten
1284 Herausforderungen mit dem „lebensumspannenden Lernen“ verbindet.

1285 Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung grundlegend zu verbessern. Was getan
1286 und unternommen wird, funktioniert besser und erbringt mehr, wenn es sinnvoll vernetzt ist,
1287 wenn sich die Anstrengungen gegenseitig ergänzen und unterstützen. Wir brauchen einen
1288 Rechtsanspruch auf betriebliche Weiterbildung, eine innovative betriebliche Weiterbildungs-
1289 politik, Initiativrechte der Betriebs- und Personalräte, mehr Tarifverträge und
1290 Betriebsvereinbarungen, die Verpflichtung der Betriebe auf eine laufende Ermittlung des
1291 Weiterbildungsbedarfs sowie eine aktive staatliche Weiterbildungsförderung. Dazu kommt:
1292 Das brandenburgische Weiterbildungsgesetz bietet schon jetzt mehr, als genutzt wird.

1293 In der nächsten Legislaturperiode wollen wir das Netz an Volkshochschulen und anderen
1294 Weiterbildungsträgern in seiner Vielfalt erhalten und stützen. Das heißt u. a., dass der in der
1295 Weiterbildungsverordnung benannte Finanzierungsschlüssel von 2 400 Unterrichtseinheiten
1296 je 40 000 Einwohner ausgeschöpft wird. Die Förderung je Unterrichtsstunde soll auf 25 Euro
1297 steigen. Die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten sind bei der Bemessung der
1298 Grundversorgung zu berücksichtigen und die regionalen Weiterbildungsbeiräte zu stärken.

1299

1300 **Kultur für alle gewährleisten**

1301 Angesichts der Unterfinanzierung von Kunst und Kultur im Land Brandenburg, der
1302 zunehmenden Diskrepanz zwischen Metropole und Randgebieten, der demografischen
1303 Entwicklung und teilweise drückender sozialer Probleme stellt sich scheinbar die Frage, ob
1304 wir uns Kunst und Kultur überhaupt noch leisten können. Selbst Bildung wird immer wieder
1305 auf den Status eines Standortfaktors oder Kennzeichen von „Humankapital“ reduziert. Aber
1306 der wirkliche Rahmen der Bildung ist die Kultur.

1307 Wir halten auch unter den veränderten Bedingungen in diesem Sinne am Anspruch einer
1308 Kultur für alle fest. Kultureller Selbstausdruck und Teilhabe an Kultur sollen nicht Vorrecht
1309 für einzelne, sondern Möglichkeit für alle sein. Dabei geht es nicht um die Frage, ob wir uns
1310 kulturelle und künstlerische Einrichtungen noch leisten können, sondern darum, welche
1311 neuen und komplizierter werdenden Aufgaben vor demokratischer Kulturpolitik stehen.

A 4.6.19

1312 Wir unterstützen die gegenwärtigen Bemühungen, Kultur als Pflichtaufgabe gesetzlich zu
1313 verankern. Kultur als Staatsziel gehört ins Grundgesetz.

1314 Zur Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen bei der Förderung von Kultur gibt es
1315 keine Alternative. Sie ist notwendiger denn je. DIE LINKE setzt sich für eine zeitgemäße
1316 Fortentwicklung des kooperativen Kulturföderalismus ein. Allerdings ist es dazu notwendig,
1317 eine tatsächliche Kooperation zwischen Landesebene und kommunaler Ebene zu befördern
1318 und nicht die finanzielle Last immer mehr auf die Kommunen zu verlagern. Nur so kann
1319 erreicht werden, dass auch Kommunen entsprechende Verpflichtungen verbindlich
1320 eingehen. Öffentliche Kulturförderung sollte durch privates und wirtschaftliches Engagement
1321 ergänzt (nicht ersetzt) werden.

1322 Wir sehen das Land in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und
1323 zur Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit jenen Mitteln auszustatten, die den
1324 notwendigen Aufgaben sowohl im Bereich der Basiskultur als auch der Hochkultur
1325 entsprechen. Eine Schließung sorbischer Kultureinrichtungen, die zu einem großen Teil seit
1326 mehr als 50 Jahren bestehen, ist nicht hinnehmbar. Die sorbischen Medien, insbesondere
1327 der DOMOWINA-Verlag und die Zeitungen, müssen auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag
1328 zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der beiden sorbischen Sprachen leisten.

1329 Die in Brandenburg lebenden Sinti und Roma sind entsprechend den europäischen Minder-
1330 heitenabkommen angemessen zu fördern. Gleiches gilt für das vor allem im Norden
1331 Brandenburgs gesprochene Niederdeutsch.

A 2

1332

1333 **Kulturelle Bildung**

1334 Kulturpädagogische und künstlerische Einrichtungen und Vereine bilden einen Schwerpunkt
1335 kulturpolitischer Arbeit der LINKEN. Das auch in der Fläche des Landes relativ gute Netz von
1336 künstlerischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche soll erhalten werden. DIE LINKE
1337 setzt sich dafür ein, Möglichkeiten zu finden, von der Projektförderung zu einer langfristig
1338 angelegten institutionellen Förderung überzugehen.

1339 Wir werden bis Ende 2010 eine Konzeption Kulturelle Bildung im Land Brandenburg mit dem
1340 Schwerpunkt kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen vorlegen. Damit nehmen wir
1341 die Anregungen der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Kultur in
1342 Deutschland“ auf. Kulturelle Bildung ist konzeptionell wie in der praktischen Arbeit eine
1343 ressortübergreifende Aufgabe.

1344 Angesichts der heutigen Medienvielfalt und der Möglichkeiten des Internets ist
1345 Medienkompetenz zu einer Grundfrage selbstbestimmten Lebens und freier Entscheidungs-
1346 möglichkeiten geworden. Kulturelle Bildung muss sich dieser Herausforderung stellen.
1347 Medienkompetenz setzt einen ungehinderten Zugang zum Internet in Schulen, Hochschulen,
1348 Bibliotheken sowie in kommunalen Einrichtungen voraus.

1349

1350 **Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen**

1351 Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Erinnerungskultur. Gedenken an die von 1933
1352 bis 1945 begangenen Verbrechen, insbesondere an die Vernichtung von Millionen
1353 Menschen, muss im Mittelpunkt dieser Kultur stehen. Wir setzen uns für die (nicht nur)
1354 finanzielle Unterstützung heute noch lebender Opfer ein und fördern den Kontakt der letzten
1355 Überlebenden des NS-Terrors zu Nachgeborenen. Wir plädieren für eine wirkliche Integration

1356 der Brandenburger Gedenkstätten der Verbrechen der Nazis in den Lehrplan. Wir fordern
1357 daher die Einrichtung einer Stiftung oder Stelle, die auch in die Stiftung Brandenburgische
1358 Gedenkstätten integriert sein kann, die LehrerInnen bei der Vorbereitung von Gedenkstät-
1359 tenbesuchen unterstützt und eine wichtige Schnittstelle zwischen Brandenburgs Schulen
1360 und den pädagogischen Diensten der Gedenkstätten ist. Über die inhaltliche Unterstützung
1361 hinaus muss der Besuch dieser und anderer Gedenkstätten, auch in anderen Ländern, durch
1362 das Land Brandenburg finanziell gesichert werden.

1363 20 Jahre nach dem Mauerfall fühlen wir uns auch dem Erinnern der DDR und ihrem
1364 Scheitern verpflichtet. Die Konstruktion eines pseudo-wissenschaftlichen Totalitarismuskon-
1365 zepts, das DDR und „III. Reich“ als zwei „deutsche Diktaturen“ gleichsetzt, lehnen wir
1366 entschieden ab. Wir fordern vielmehr eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung
1367 mit dem in der DDR begangenen Unrecht, mit dem Alltag für die BürgerInnen und mit den
1368 Gründen ihres Scheiterns – fernab von Nostalgie und unter Einbeziehung der Erfahrungen
1369 und Erinnerungen der BrandenburgerInnen.

1370

1371 **Musikschulen**

1372 Ausgehend von den Forderungen der Fachgremien, die auf eine zunehmende Schülerzahl an
1373 Musikschulen verweisen können, setzen wir uns für eine grundsätzliche Neuregelung der
1375 Finanzierung und Personalausstattung vom Land anerkannter
1377 Musikschul- und Kunsteinrichtungen ein. Ein novelliertes
1379 Musikschulgesetz ist deshalb notwendig. Ziel dieses Projektes ist
1381 es, eine langfristige durch Verträge gesicherte Arbeit der
1383 Musikschulen zu gewährleisten, die sowohl die musikalische
1385 Früherziehung als auch, Breitenausbildung und Talentförderung
1387 berücksichtigt. Außerdem geht es darum, die Aufgaben der
1389 Musikschulen zu erweitern und Musikschulen noch stärker mit
1390 Kindergärten (Kindertagesstätten) und Schule, besonders im Ganztagsangebot, zu vernetzen,
1391 um sozialpädagogische Aufgaben noch besser übernehmen zu können.

1392 Wir würdigen die Aktivitäten unterschiedlicher Fachverbände und setzen uns für eine
1393 konstruktive Unterstützung ein. Das betrifft zum Beispiel den Landesmusikrat, „Jugend
1394 musiziert“ oder auch kleinere Initiativen wie „Bassini“. Wir setzen uns für die Unterstützung
1395 und Weiterentwicklung von Schulensembles und Schulchören ein.

1396

1397 **Theater und Bibliotheken**

1398 Wir werden alles tun, um die jetzt bestehenden Theater des Landes langfristig zu sichern.
1399 Der Schwerpunkt ist dabei, die Ensemble-Theater zu erhalten. Wir setzen uns für eine
1400 bessere Unterstützung der freien Theater ein.

1401 Wir werden prüfen, ob anknüpfend an gute Erfahrungen mit Schüler- und Jugendtheatertag-
1402 en an verschiedenen Einrichtungen die Errichtung einer „Theaterschule“ möglich ist. Hier
1403 könnten brandenburgische Schulen im Rahmen des Unterrichtsfaches Darstellendes Spiel
1404 oder entsprechender Arbeitsgemeinschaften Wochenkurse belegen.

1405 Nach unserer Überzeugung kommt den Bibliotheken im Land Brandenburg bei der Förderung
1406 von generationsübergreifender kultureller Bildung eine herausragende Rolle zu. In Anlehnung
1407 an die guten Erfahrungen mit dem Brandenburgischen Musikschulgesetz wollen wir ein
1408 Landesbibliotheksgesetz auf den Weg bringen.

1409

1410 **Mehr Mut zu Entscheidungen**

1411 Die Abstimmung und Förderung einzelner Kultursparten und Aufgabenbereiche erfordert

Schlüsselvorbaben 12:

**Neues
Musikschulgesetz –
Finanzierung und
Personalausstattung**

1412 nach unserer Auffassung mehr Mut zu Entscheidungen – sowohl innerhalb des Landesres-
1413 sorts Kultur wie auch in möglicher Auseinandersetzung mit anderen Ressorts. Das gilt für
1414 Musik und Tanz, für Museen, Galerien, Heimatstuben und Heimatvereine, für Literatur, Bau-
1415 kultur, Film und Fernsehen, für Kulturaufgaben der Kirchen und Weltanschauungsgemein-
1416 schaften, für Kulturfeste und Kulturstiftungen. Und es gilt bis hin zu internationaler
1417 Kulturarbeit.

1418 Im Einzelnen werden wir uns z. B. stark machen für Babelsberg, für das Cottbuser Festival
1419 des Osteuropäischen Film, für die Weiterführung der Cottbuser Kulturstiftung auch nach
1420 2013, für das Kulturland Brandenburg und auch für die Kulturwirtschaft.

1421 Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffenden steht weiterhin im
1422 Mittelpunkt unserer politischen Arbeit.

1423 Großes Augenmerk richten wir auf die Unterstützung der bildenden Künste. Wir wollen eine
1424 gesetzlich geregelte Ausstellungsvergütung.

1425

1426 **Medien**

1427 Medien und Kultur gehören auf das Engste zusammen. Medienkommunikation und
1428 Information prägen unsere Wissenshorizonte, berühren Grundfragen demokratischer
1429 Beteiligung, bestimmen unsere Lebensweise mit. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung
1430 fördern, Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen
1431 und in Kontrollmöglichkeiten einbeziehen. Medien müssen der Gesellschaft und dem
1432 Einzelnen die Möglichkeit geben, sich umfassend und objektiv zu informieren und sich
1433 vielstimmig zu artikulieren. Stärkung und Ausbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind
1434 eine kulturelle Herausforderung! Seine Aufgaben und sein Stellenwert müssen neu definiert
1435 und der Medienstandort Berlin-Brandenburg gestärkt werden. Dazu gehört neben einer
1436 klugen Förderpolitik für die Kreativwirtschaft das Ringen um den seit langem notwendigen
1437 Finanzausgleich innerhalb der ARD, der für die finanzielle Absicherung des Rundfunk Berlin-
1438 Brandenburg wesentlich ist. Wir treten konsequent für ein neues solidarisches
1439 Rundfunkgebührenmodell ein, welches sozial ausgestaltete Befreiungstatbestände
1440 beinhaltet sowie Mehrfachzahlungen von GEZ-Gebühren ausschließt. Der Empfang des
1441 öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für alle bezahlbar bleiben.

1442 Im Zeitalter moderner Kommunikation ist der Internetzugang mittlerweile so existenziell wie
1443 die Energieversorgung und öffentlicher Nahverkehr. Als Aufgabe im Rahmen der öffentlichen
1444 Daseinsvorsorge steht DIE LINKE für eine zeitnahe flächendeckende Versorgung im Land
1445 Brandenburg mit Internet.

[A 4.6.21](#)

1446 **4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen,**
1447 **Rechtsstaat stärken, Toleranz leben**

1448

1449 Wir wollen, dass es sich überall in Brandenburg gut leben lässt. Der Maßstab dafür, ob und
1450 wie das gelingt, sind nicht Statistiken und Rankings, sind nicht Leuchttürme und
1451 Musterregionen hier und da. Der Maßstab ist, wie Brandenburgerinnen und Brandenburger
1452 dort zurechtkommen, wo sie wohnen, ob sie sich wohl fühlen oder nicht, ob sie Chancen
1453 haben oder nicht, ob ihre Lebensweisen rechtlich gleichbehandelt werden oder nicht. Das
1454 reicht von der konsequenten Umsetzung der Ansprüche der Landesverfassung über die der
1455 Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union bis hin zur konsequenten Umsetzung
1456 der UNO-Konvention für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des
1457 gesellschaftlichen Lebens.

1458 Das meinen wir, wenn wir uns wieder und wieder für den Grundsatz unserer
1459 Landesverfassung stark machen, wonach es in allen Regionen Brandenburgs gleichwertige
1460 Lebensbedingungen geben soll.

1461

1462 **Starke Kommunen**

1463 Die Grundvoraussetzung dafür sind funktionierende, lebensfähige Gemeinwesen – Städte,
1464 Dörfer und Landkreise.

1465 Daher bedarf es auch weiterhin eines politischen Ausgleichs. Der Staat darf sich nicht weiter
1466 aus der Fläche zurückziehen. Privatisierungen verbieten sich bei Aufgaben, die im Interesse
1467 der Gemeinschaft unverzichtbar sind.

1468 Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und muss sich den wandelnden
1469 Erfordernissen anpassen. Das Land muss das gewährleisten. Aber wie die Dinge organisiert
1470 werden – das muss in den Regionen selbst, das muss vor Ort entschieden werden können –
1471 mit klaren Kompetenzen und den nötigen Finanzen.

1472 Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den
1473 Kreisen und den Gemeinden. Mit neuen Entscheidungskompetenzen müssen die Planungs-
1474 und Koordinierungskompetenzen deutlich in Richtung der Kommunen verschoben werden.
1475 Die Strukturen sind dabei an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu
1476 orientieren. Kompetenzüberschneidungen, Doppelstrukturen, umständliche Verfahren und
1477 Kompetenzgerangel zwischen den Verwaltungsebenen müssen rigoros abgebaut werden.
1478 Über moderne Kommunikationsmittel ist bürgernahe Verwaltung zu sichern und auszubauen.
1479 Grundlage ist das Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von
1480 Aufgabenübertragung und Übertragung der erforderlichen Finanzmittel.

1481 Auch die Rahmenbedingungen dafür müssen geschaffen werden. Dazu gehört für uns die
1482 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunalpolitik ist in Brandenburg bisher das
1483 fünfte Rad am Wagen der Landespolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass die
1484 Kommunalvertretungen in ihren Entscheidungs- und Kontrollrechten gegenüber der
1485 Verwaltung gestärkt werden, die Möglichkeiten moderner Informationsverarbeitung und
1486 Kommunikation realistisch bewertet und umgesetzt werden, die Handlungsspielräume für
1487 kommunale Unternehmen und Einrichtungen erweitert, insbesondere durch Lockerung des
1488 Örtlichkeitsprinzips, und der Prozess der Rekommunalisierung wirtschaftlicher Unternehmen
1489 gefördert wird.

A 12.2.

1490

1491 **Zentrale Orte**

1492 Die flächendeckende Daseinsvorsorge wird über das System der zentralen Orte getragen.

1493 Der demografische Wandel, technologische und strukturelle Umbrüche im Wirtschaftsleben,
1494 soziale Verwerfung und veränderte Mobilität erfordern, dieses System auch mit der
1495 Landesentwicklungsplanung den neuen Erfordernissen anzupassen und zukunftsfähig zu
1496 gestalten. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen mit schrumpfenden Einwoh-
1497 nerzahlen sind viele zentrale Orte schon heute auf Grund mangelnder wirtschaftlicher
1498 Tragfähigkeit nicht mehr in der Lage, die nötigen Versorgungs- und Dienstleistungen zu
1499 erbringen.

1500 Die Landesregierung versucht, das Problem durch die Auflösung der unteren Kategoriestufe
1501 der zentralen Orte zu lösen. Die Grundzentren sind weggefallen, damit sich die Mittelzentren
1502 als tragfähige funktionale Einheiten konsolidieren können. Damit ist jedoch noch kein
1503 Problem wirklich gelöst. Die Maschen im räumlichen Netz der Daseinsvorsorge werden
1504 größer, zugleich bleibt die ungleiche und dezentrale Verteilung von Kapazitäten mit
1505 zentralörtlicher Dimension und Qualität bestehen. Das Land zieht sich aus weiten Teilen
1506 seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurück. So geht es nicht. Wir treten dafür ein,
1507 dass die bisherigen Grundzentren für eine Übergangszeit eine verstärkte Förderung erhalten,
1508 damit sie ihre sozialen- und Umlandfunktionen wahrnehmen können.

1509 Nötig aber ist ein Systemwechsel. Aus unserer Sicht basiert ein solcher Systemwechsel auf
1510 drei Komponenten:

1511 Zum Ersten braucht das Land eine ausgewogene Verteilung von starken Oberzentren, die
1512 jeweils das gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge auf sich vereinen und für alle Nutzer im
1513 Einzugsbereich mit dem ÖPNV gut erreichbar sind. Gegebenenfalls ist auch hier eine weitere
1514 Konzentration auf die zentralen Orte der einzelnen Regionen sinnvoll.

1515 Zum Zweiten kann auf den bestehenden Einrichtungen von zentralörtlicher Dimension in den
1516 Grund- und Mittelzentren aufgebaut werden, über deren Entwicklung als zukunftsfähige
1517 Träger der Daseinsvorsorge unabhängig vom Status des Ortes strikt nach den Kriterien der
1518 Qualität, Kapazität und Erreichbarkeit zu entscheiden ist.

1519 Zum Dritten muss die interkommunale Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

1520

1521 Interkommunale Zusammenarbeit

1522 In Brandenburg gibt es große Unterschiede – auch innerhalb von Landkreisen – und Gemein-
1523 samkeiten über Kreisgrenzen hinweg.

1525 Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Ziel ist eine
1527 Zusammenarbeit, bei der Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage
1529 gemeinsame Projekte realisieren. Dies können neben Wasser und Abwasser auch der
1530 gemeinsame Betrieb einer Schule oder Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine
1532 gewerbliche Entwicklungsmaßnahme, die die Kraft und Kompetenz

A 12.3.

Gelöscht: nur

1534 einzelner Partner übersteigt, sein. Das Potential der Interkommunalen
1536 Zusammenarbeit wird gegenwärtig nicht ausgeschöpft. Dabei ist sie als
1538 wichtiger Schlüssel für eine Stärkung der kommunalen
1540 Selbstverwaltung, für die Weiterführung der A 12.4.
1542 Funktionalreform und die Weiterentwicklung des
1544 kommunalen Finanzausgleichs zu betrachten. Das Gesetz zur

Schlüsselvorhaben 13:

Kommunale
Zusammenarbeit stärken

A 15

1546 kommunalen Gemeinschaftsarbeit ist daher entsprechend
1547 anzupassen, die Landkreise müssen dafür Verantwortung übernehmen können. Projekte
1548 interkommunaler Zusammenarbeit hat das Land stärker durch spezielle Förderprogramme
1549 und durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu unterstützen. Im Rahmen der
1550 Experimentierklausel wollen wir entsprechende Spielräume schaffen.

A 12.5.

1551 Um die Potenziale der Regionen zu entwickeln und zu nutzen, halten wir außerdem eine
1552 engere Koordinierung und Vernetzung der Handlungsstrategien von Wirtschaftsförderung,
1553 Landesplanung und gegebenenfalls der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die

1554 Gestaltung von Regionen für erforderlich. Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen
1555 politisch und wirtschaftlich gestärkt und durch die klare Bestimmung ihrer Aufgaben und die
1556 bewusste Nutzung ihrer Erfahrungen stabilisiert werden. Entscheidungen zur Landesentwick-
1557 lung gehören unter Parlamentsvorbehalt.

1558

1559 **Auskömmliche Kommunalfinanzierung**

1560 Alle Reformen werden aber nur funktionieren und zu guten Lebensbedingungen beitragen,
1561 wenn die finanziellen Grundlagen stimmen. Derzeit aber entwickeln sich die Verhältnisse
1562 immer weiter auseinander; Schwächen werden nicht mehr ausgeglichen, sondern
1563 verschärfen sich. So geht es nicht weiter. Eine nachhaltige auskömmliche Kommunalfinan-
1564 zierung ist mit den gegenwärtigen Regelungen im Finanzausgleichsgesetz nicht
1565 gewährleistet. Deswegen muss der kommunale Finanzausgleich verändert werden. Unser
1566 Ziel besteht darin, dass der kommunale Anteil an den Einnahmen des Landes über die
1567 Verbundquote von 20 auf 22,5 Prozent erhöht, der Vorwegabzug von 50 Millionen Euro
1568 abgeschafft und Ausgleichsmechanismen zu Gunsten der finanzschwachen Gemeinden
1569 insbesondere in den ländlichen Gebieten, z.B. durch einen demografischen Faktor,
1570 ausgestaltet werden. Damit es zu einer vernünftigen Neuregelung kommt, müssen die
1571 Kommunen selbst und auch der Landtag eine größere Rolle spielen. Deswegen wollen wir
1572 den im derzeitigen Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Beirat zu einer Gemeindefinan-
1573 zkommission aufwerten. Zugleich muss sich das Land auf Bundesebene konsequent für eine
1574 Gemeindefinanzreform einsetzen, durch die der Anteil der Kommunen am öffentlichen
1575 Finanzaufkommen erhöht wird.

1576

1577 **Wohnen ist Menschenrecht**

1578 Zur Verwirklichung dieser Zielstellung sind vielfältige Bedingungen zu erfüllen. Die
1579 dynamischen und strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen erfordern ein komplexes
1580 und den sich vollziehenden Prozessen entsprechendes Handeln. Das Wohnen wird durch die
1581 unterschiedlichsten sozialen, ökonomischen und demografischen Prozesse beeinflusst. Die
1582 demografische Entwicklung zwingt zu notwendigen Korrekturen am Wohnungsmarkt.
1583 Deshalb muss der Stadtumbau weitergehen! Aber mit veränderten Prioritäten - weg vom
1584 Abriss hin zur Aufwertung unserer Städte. Wichtig ist hierbei für uns, dass die Bürgerbetei-
1585 ligung an diesem Prozess gefördert wird. Denn: Der Stadtumbau muss Sache derer sein, die
1586 in den Städten wohnen und leben!

1587 In den vergangenen Jahren stiegen die Wohnkosten auch in Brandenburg enorm. In
1588 Brandenburg müssen mittlerweile im Durchschnitt mehr als 30 Prozent des Einkommens für
1589 die Wohnkosten aufgewendet werden - mit steigender Tendenz. Dieser Entwicklung muss
1590 Einhalt geboten werden. Erforderlich sind u. a. eine Änderung der Mietgesetzgebung, die
1591 Reduzierung der kommunalen Gebühren, vor allem aber die Stärkung der kommunalen und
1592 genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen.

1593 Die Wohnungsversorgungssituation im Land ist differenziert zu betrachten. In Brandenburg
1594 stehen sich Regionen mit Wohnungsmangel und Regionen mit großem Wohnungsüberange-
1595 bot gegenüber. Dennoch bleibt die Forderung, dass die Wohnraumstruktur dem veränderten
1596 Bedarf angepasst werden muss. Auch hier erfordert der demografische Wandel sich diesen
1597 neuen Bedingungen zu stellen: Wir brauchen Wohnungen für alle Generationen, mit
1598 Schwerpunkten auf altersgerechtem Wohnen und Singlewohnungen.

1599 Eine Grundforderung unsererseits ist die generelle Streichung der Altschulden der
1600 Wohnungsunternehmen. Die Unternehmen zahlen heute ca. ein Euro je qm Wohnfläche aus
1601 den Nettomieteinnahmen für die Bedienung der Altschulden. Erst nach Streichung der so
1602 genannten Altschulden werden die Wohnungsunternehmen wieder zusätzliche Spielräume
1603 für Investitionen und freiwillige soziale Projekte haben. Auch angesichts der aktuellen

1604 Finanzkrise wäre das ein bedeutender Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft.

1605 Wir brauchen in Brandenburg ein soziales Marktsegment an Wohnungen.

1606

1607 **Umweltgerechte Mobilität für alle sichern**

1608 Im Flächenland Brandenburg hat die Sicherung von Mobilität für alle Menschen größte
1609 Bedeutung. Denn sie ist wesentliche Grundlage für Lebensqualität und persönliche Freiheit,
1610 ist ein Schlüssel zur Sicherung gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe, ermöglicht
1611 die volle Teilnahme am Arbeitsleben, an Bildung und Kultur, am Gesundheitswesen, an
1612 demokratischen Entscheidungsprozessen sowie am gesellschaftlichen Leben insgesamt.

1613 Viele Autobahnen und Schienenwege sind in den vergangenen Jahren ausgebaut und
1614 modernisiert worden. Doch trotz einer leistungsfähigeren Infrastruktur blieb die Verkehrs-
1615 politik der Koalition auch sozial und ökologisch unverträglich. Unwirtschaftliche Verkehrs-
1616 projekte wie der Havelausbau wurden vorangetrieben und überdimensionierte Ortsumgehun-
1617 gen gebaut. Die Bedingungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurden
1618 weiter verschlechtert, der Straßenverkehr wuchs übermäßig – und mit ihm wuchsen die
1619 Umweltbelastungen. Liniennetze des ÖPNV wurden ausgedünnt und ganze Regionen sind
1620 mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar. Die Fahrpreise im Bereich des
1621 Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) stiegen an und für die Schülerbeförderung
1622 wurden Kostenbeteiligungen für die Eltern eingeführt. Das Unfallrisiko auf Brandenburgs
1623 Straßen bleibt unverträglich hoch. Die Landesregierung hat den wachsenden Verkehr nur
1624 verwaltet, nicht aber zukunftsfähig gestaltet.

1625 Wir stellen dieser Politik ein Konzept von Mobilität entgegen, das sozialen und ökologischen
1626 Anforderungen gerecht wird. Wir treten für einen Kurswechsel in der Verkehrspolitik ein, der
1627 auf Verkehrsvermeidung, Verkehrsreduzierung und Verkehrsverlagerung ausgerichtet ist. Ein
1628 umweltgerechtes Verkehrssystem als Rückgrat öffentlicher Daseinsvorsorge verlangt ein
1629 engmaschiges und flexibles öffentliches Verkehrsnetz, das nicht nur den spezifischen
1630 Anforderungen von Berufspendlern und des Schülerverkehrs gerecht wird, sondern auch
1631 Mobilität für Weiterbildung, Sport, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Naherholung garantiert sowie
1632 Kommunikation und Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglicht. Wir
1633 verstehen dieses Netz als Umweltverbund vom ÖPNV mit dem Regionalverkehr auf der
1634 Schiene (SPNV) sowie Fahrrad- und Fußgängerverkehr, das eine attraktive Umstiegsvariante
1635 für Autofahrer und zugleich ein Angebot für naturverträglichen Tourismus (Rad-, Wasser- und
1636 Kulturtourismus) bietet.

1637 Die politische Herausforderung ist angesichts vorhandener Versorgungslücken und Defizite
1638 im öffentlichen Verkehrsnetz groß. Finanziell können wir dies durch Optimierung aller
1639 Finanzierungsströme von EU und Bund sowie durch den zielgerichteten und effektiven
1640 Einsatz von Landesmitteln schultern.

1641

1642 **Verkehrspolitische Kurswechsel**

1643 Ein verkehrspolitische Kurswechsel erfordert energische Schritte zur Stärkung des
1644 Bahnverkehrs durch Infrastrukturverbesserungen im Schienennetz sowie die attraktive
1645 Gestaltung der Bahnhöfe in der Fläche.

1646 Qualitätsverbesserungen im ÖPNV und im schienengebundenen Regionalverkehr durch
1647 flächendeckende Taktzeitangebote, die bessere Vernetzung von Linien/Strecken und
1648 Verknüpfungen der verschiedenen Verkehrsträger sowie der Einsatz von flexiblen bedarfs-
1649 orientierten Verkehrsmitteln (z. B. Rufbus) insbesondere im ländlichen Raum sind dringend
1650 geboten.

1651 Ein barrierefreier Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln ist zu gewährleisten. Wir
1652 wollen auch die sozialen Mobilitätsbarrieren durch ein sozial gerechtes Tarifsystem abbauen

1653 und vorhandene Fahrpreisregelungen wie Sozialticket (Mobilitätsticket), Semesterticket,
1654 Schülerfreizeiticket, Ferienticket, Senienticket erhalten, qualifizieren und weiteren
1655 Nutzergruppen zugänglich machen.

1656 Beim Straßenbau wollen wir uns gemäß Landesstraßenbedarfsplan auf die Instandsetzung
1657 und Instandhaltung des Straßennetzes und auf die Sanierung kommunaler Straßen
1658 konzentrieren. Den wachsenden Belastungen durch den Lkw-Verkehr auf der Straße muss
1659 durch eine konsequente Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße und
1660 durch Optimierung des kombinierten Verkehrs (Straße, Schiene, Wasser) in den
1661 Güterverkehrszentren (GVZ) begegnet werden.

1662 Wir setzen auf eine Verbesserung des Fahrradverkehrs durch beschleunigten Radwegebau
1663 und durch Erstellung einer Radwegkonzeption, die länderübergreifend die vorhandenen
1664 Radwege vernetzt und auf die Anforderungen verschiedener Nutzergruppen (Berufspendler,
1665 Schüler, Touristen, Gewerbe) zugeschnitten ist.

1666 Auch für Wasserstraßen steht die vorrangige Nutzung der ausreichend vorhandenen
1667 Kapazitäten im Vordergrund. Wir setzen auf eine behutsame Sanierung und Modernisierung
1668 von Wasserläufen und Hafenanlagen. Das Verkehrsprojekt 17 ist endgültig zu stoppen.

1669

1670 **Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen**

1671 Verkehrsbedingte Belastungen wie durch Lärm, Luftschadstoffe (Feinstaub) und CO₂
1672 beeinträchtigen die Gesundheit und schränken die Lebensqualität vieler Menschen ein.
1673 Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung von Lärm und Schadstoffen müssen primär
1674 an der Quelle erfolgen und vorrangig durch Verkehrsvermeidung, -reduzierung und -
1675 verlagerung getrieben sein. Belastungsminderungen wie etwa bei Lärm erfordern, die
1676 Verkehrswege (Straße, Schiene) auf belastungsarme Betriebsweisen auszulegen und von
1677 vornherein Tempolimits als aktive Präventionsmaßnahme vorzusehen.

1678 Den Belastungen durch Fluglärm ist durch einen großräumigen passiven und aktiven
1679 Anwohnerschutz unter Einhaltung von Nachtflugverböten zu begegnen. Das trifft sowohl für
1680 den Flughafen BBI in Schönefeld mit allein ca. 120 000 davon Betroffenen wie für weitere
1681 Verkehrslandeplätze in Brandenburg zu. Eine attraktive Bahnanbindung an den BBI-
1682 Flughafenbahnhof ist schnellstmöglich zu realisieren, damit ca. 50 Prozent der Fluggäste mit
1683 der Bahn an- und abreisen können. Durch attraktive Fernbahnverbindungen sind
1684 Kurzstreckenflugverkehre bis 600 km schrittweise abzulösen.

1685 Die Unfallzahlen im Land Brandenburg müssen drastisch gesenkt werden. Dazu bedarf es
1686 eines umfassenden Verkehrssicherheitskonzeptes, das öffentliche und gesellschaftliche
1687 Akzeptanz für das Thema Verkehrssicherheit schafft und abgestimmte Maßnahmen in den
1688 Bereichen Bildung, Verkehr, Soziales, Umwelt sowie der Polizei zur Senkung des Unfallrisikos
1689 umsetzt. Wir setzen auf einen gleichberechtigten Umgang aller Verkehrsteilnehmer
1690 miteinander im öffentlichen Straßenraum, auf Prävention statt Repression. Für die
1691 Autobahnen streben wir ein generelles Tempolimit von 130 km/h an; für alle Fahrzeugführer
1692 muss Alkohol tabu sein.

1693

A 4.6.22 - sinngemäß

Gelöscht: Teilnehmer am Straßenverkehr soll

1694 **Gesundheitsversorgung**

1695 Damit Menschen sich in ihrer Region gut aufgehoben wissen, brauchen sie Sicherheit für
1696 ihre gesundheitliche Versorgung. Auch hier ist noch immer viel zu tun. Seit Jahren wird im
1697 Land über Ärztemangel geredet. Die Bürger beklagen immer längere Wege und Wartezeiten;
1698 es hat sich kaum etwas positiv verändert.

1699 Um die Gesundheitsversorgung in allen Regionen zu gewährleisten, muss die Kooperation
1700 von öffentlichen, ambulanten und stationären Leistungen neu gestaltet werden. Das Land

1701 hat durch insgesamt attraktive Lebensbedingungen wie auch durch gezielte Förderung dazu
1702 beizutragen, dass sich wieder mehr Ärzte vor allem in den ländlichen Räumen ansiedeln. Wir
1703 sind für die Einbindung der „Gemeindeschwester“ in die gesundheitliche Versorgung. Sie ist
1704 zuverlässige Partnerin der Bürgerinnen und Bürger wie auch der praktizierenden Ärzte vor
1705 Ort, aber sie kann kein Ärzteersatz sein.

1706 Große Bedeutung haben in unserem Konzept Gesundheitsförderung und Krankheitspräven-
1707 tion. Wir wollen sie zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens entwickeln und
1708 den Öffentlichen Gesundheitsdienst, vor allem im Ausgleich sozialer Unterschiede stärken.

1709 Gesundheit darf keine Ware sein. Wir verweigern eine weitere Privatisierung von
1710 Krankenhäusern und setzen uns für eine Re-Kommunalisierung ein. Das Land muss die
1711 kontinuierliche Finanzierung der Investitionen zur Modernisierung der Krankenhäuser
1712 sicherstellen.

1713

1715 Brandenburgs Jugend

A 16.6; erledigt 4.6.23.

1717 Du Zukunft Brandenburgs hängt in hohem Maße davon ab, welche
1719 Perspektive das Land den heute Jungen bieten kann. Neben einer
1721 nachhaltigen Wirtschafts-, Infrastruktur- und Sozialpolitik, einer
1722 umsichtigen Bildungs- und Kulturpolitik sowie einer Stärkung der Regionen ist auch eine
1723 deutlich verbesserte Jugendpolitik Voraussetzung für die Entscheidung junger Menschen,
1724 ihre Zukunft auch als junge Erwachsene weiter in Brandenburg zu gestalten.

1725 Damit Angebote der Jugendarbeit, gerade im soziokulturellen Bereich, überall im Land im
1726 nötigen Umfang und auf hohem Niveau bestehen bleiben oder neu geschaffen werden
1728 können, muss der Landesjugendplan bedarfsdeckend ausfinanziert werden. Um dies
1730 zu gewährleisten streben wir an, den Landesjugendplan mit 15,7 Millionen Euro A 6
1732 auszustatten. Nur so kann die Verbindlichkeit von Qualitätsstandards mit Hilfe
1733 ausgebildeter Fachkräfte gewahrt bleiben. Wir machen uns zudem dafür stark, dass jede
1734 Schule eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter erhält.

1735 In einem Flächenland wie Brandenburg ist der wohnortnahe Erhalt bzw. die Schaffung
1736 demokratisch orientierter Jugendzentren für die Wahrung der Vielfalt an
1737 Freizeitmöglichkeiten und Betätigungsfeldern entscheidend. Kommunen, die Kultur- und
1738 Freizeiteinrichtungen sowie die Nutzung des Personennahverkehrs für Kinder und
1739 Jugendliche kostenfrei zu gestalten versuchen, müssen hierbei durch das Land unterstützt
1740 werden.

1741 Damit junge Menschen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, bedarf es der
1742 Erfahrung, dass die eigene Stimme Gehör findet und das persönliche Umfeld aktiv
1743 mitgestaltet werden kann. In Schule und Familie, in der Ausbildung und in der Kommune
1744 müssen Kinder und Jugendliche deshalb deutlich stärker in das Zustandekommen von
1745 Entscheidungen einbezogen werden. Wir setzen uns ein für die Aufwertung und Förderung
1746 ehrenamtlicher Tätigkeiten insbesondere junger Menschen und unterstützen den Ausbau der
1747 Stellen im Freiwilligen Sozialen und Freiwilligen Ökologischen Jahr in Brandenburg. Wir
1748 machen uns dafür stark, dass das Land Brandenburg sich allen Bemühungen zur weiteren
1749 Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzgesetzes entgegenstellt,

1750 Sport

1751 Gute Freizeitmöglichkeiten und Sport gehören eng zusammen. Mit der durch den
1752 Landeshaushalt festgelegten institutionellen Förderung, unabhängig von Lottoeinnahmen, ist
1753 ein erster Schritt für eine stabile und nachhaltige Förderung des Sportes getan. Das muss
1754 ausgebaut werden. So soll der Zugang zu Sportangeboten für Kinder und Jugendliche
1755 gebührenfrei sein, da gerade im ländlichen Raum der Sportverein häufig die einzige
1756 Möglichkeit der begleiteten Freizeitgestaltung bietet. Deswegen wollen wir das

Gelöscht: Brandenburgs Zukunft lebt auch davon, welche Perspektive es den heute Jungen geben kann und will. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, die Stärkung der Regionen und die stabile Verankerung in den guten Traditionen unseres Landes sind die Voraussetzung dafür - aber auch eine Jugendpolitik im engeren Sinne, die junge Leute animiert, in Brandenburg ihre Zukunft zu gestalten, also: eine deutlich bessere Jugendarbeit als bisher. ¶ Der Landesjugendplan muss ausfinanziert werden, damit Angebote der Jugendarbeit überall im Land Brandenburg qualitativ ansprechend und quantitativ befriedigend unterbreitet werden können. ¶ Jugend- und Jugendsozialarbeiter müssen tätig werden können, wie es der Bedarf verlangt. Wir gehen davon aus, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter bekommt. ¶ Viele Jugendliche möchten sich im Freiwilligen Ökologischen oder Sozialen Jahr engagieren - es gehört sich einfach, dass dann auch entsprechend viele Plätze angeboten werden. ¶ Der

1757 Sportfördergesetz in diesem Sinne präzisieren. Sportförderung umfasst den Breiten- und
1758 Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport, Sportwissenschaften und Sportmedizin sowie
1759 die qualifizierte Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und die ständige Qualifizierung
1760 auch im Behinderten- und Rehabilitationssport.

A 4.5.3.

1761 Wir sehen in einer Erhöhung der Landesmittel für Neubau und Sanierung von Sportstätten
1762 einen zwingenden Weg zur erforderlichen Verbesserung der Sportstätten-situation, da sowohl
1763 Kommunen als auch Vereine nicht in der Lage sind, Sportstätten zu bauen, zu sanieren und
1764 zu unterhalten.

Gelöscht: für

Gelöscht: langfristig

1765 Sport ist eine Querschnittsaufgabe sowohl in Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Familien-
1766 politik, Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in Tourismus, Wirtschafts- und Umweltpolitik.

1767 **Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger**

1768 Brandenburgs Wiedergeburt vor 20 Jahren war Ergebnis eines demokratischen Aufbruchs in
1769 der späten DDR. An seiner Wiege stand die Erfahrung: Demokratie lebt „von unten“, von den
1770 Bürgerinnen und Bürgern her. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die Menschen zur
1771 Mitbestimmung einladen und die Chancengleichheit wahren. Es braucht Gestaltungsspiel-
1772 räume und Gestaltungspotenziale - und auch ein solides materielles Fundament sowie frei
1773 verfügbare Zeit.

1774 Direktdemokratische Verfahren, die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen,
1775 unmittelbar und maßgeblich an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sollten
1776 nicht folkloristisches Feigenblatt, sondern zentraler Bestandteil jeder Demokratie sein, die
1777 sich der eigentlichen Bedeutung des Wortes verpflichtet fühlt. Sinkende Wahlbeteiligung und
1778 die schwindende Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik haben
1779 ihren Ursprung auch in den mangelnden Möglichkeiten zur direkten Teilhabe am politischen
1780 Prozess.

1781 Elemente direkter Bürgerbeteiligung können diesem Trend allgemeiner Politikverdrossenheit
1782 entgegen wirken. Gleichzeitig dienen Volksabstimmungen der Kontrolle parlamentarischer
1783 Politik. Durch die direkte legislative Funktion von Volksentscheiden können Gesetze
1784 erlassen werden, welche den Mehrheitswillen der Bevölkerung unmittelbar widerspiegeln.

1785 Aus diesen Gründen fordern wir die Anpassung des Gesetzes über das Verfahren bei
1786 Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Wir fordern, dass in Brandenburg -
1787 genauso wie zum Beispiel in Berlin, Niedersachsen oder Sachsen - die Unterschriften für ein
1788 Volksbegehren auf der Straße gesammelt werden können. Das Leisten der Unterschrift in
1789 einem Amt ist angesichts der Flächen- und Ämterstruktur in Brandenburg und ohne
1790 hinreichenden Nahverkehr eine enorm hohe Hürde für die BürgerInnenbeteiligung.

1791 Junge Menschen können und sollen früher mitentscheiden: indem sie schon ab 16 an
1792 Wahlen teilnehmen, indem Jugendparlamente eingerichtet und mit praktischem Einfluss
1793 ausgestattet werden.

1794 Wir unterstützen und fördern die Einführung von Bürgerhaushalten. Auf dem Weg zur
1795 Bürgerkommune können Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten mehr und mehr in
1796 die eigenen Hände nehmen. Bürgerschaftliches Engagement in Beiräten und Bürgerinitiati-
1797 ven muss stärker anerkannt und gefördert werden.

1798 Wir fordern zudem eine grundlegende Reform der gesamten parlamentarischen Arbeit. Für
1799 uns gehören dazu vor allem mehr Öffentlichkeit in der Parlamentsarbeit, die Erweiterung der
1800 Informations- und Kontrollrechte des Landtages gegenüber der Regierung, die Stärkung der
1801 Rolle der Opposition und eine Neuordnung der Abgeordnetengesetzgebung zur Abschaffung
1802 unzeitgemäßer Privilegien.

1803

1804 **Stärkung der Bürgerrechte**

1805 Demokratie setzt Rechtsstaatlichkeit voraus. Wir erleben aber gegenwärtig, wie in einem
1806 Klima von Bedrohungsängsten Überwachungsmöglichkeiten des Staates ausgebaut und
1807 zugleich die Eingriffe in die Grundrechte ausgeweitet werden. Politische Praxis und aktuelle
1808 Rechtsprechung höhlen das Grundgesetz in Kernbereichen aus, sei es der Schutz der
1809 Privatsphäre, die Unantastbarkeit der Wohnung, das Briefgeheimnis oder das Recht auf in-
1810 formationelle Selbstbestimmung. Unsere Gesellschaft braucht aber einen starken
1811 Rechtsstaat, dessen Handeln sich konsequent an den Werten und Normen des
1812 Grundgesetzes ausrichtet, indem er sowohl der Verwirklichung der Freiheitsrechte als auch
1813 der sozialen Gerechtigkeit dient.

1814 Die jüngsten Überwachungsskandale bei Telekom und Deutscher Bahn haben uns mit aller
1815 Deutlichkeit gezeigt, wie sehr die Grundrechte der Bürger hierzulande durchlöchert werden.
1816 Die technischen Möglichkeiten sind grenzenlos, wenn es darum geht, persönliche Daten
1817 über den Einzelnen zu sammeln – sei es durch den Staat oder durch private Unternehmen.
1818 Die Methoden sind gleich. Die Motive sind verschieden: unter der Flagge der
1819 Terrorbekämpfung für die Sicherheit, zur vermeintlichen Bekämpfung von Korruption, bei der
1820 Überwachung von Sozialhilfeempfängern oder einfach um zu wissen, wie und was wir
1821 konsumieren. Bürgerliche Freiheitsrechte, und dazu gehört das Recht auf Privatsphäre, sind
1822 Kernbestand unseres Grundgesetzes. Diese Rechte aufzuweichen oder gar einzuschränken,
1823 mit welchem Motiv auch immer, gefährdet unsere Demokratie. Bürgerrechte bedeuten keine
1824 Gefahr für die Sicherheit unseres Gemeinwesens, sie sind das Fundament unseres
1825 politischen Systems. Das sagen wir im vollen Bewusstsein unserer zum Teil bitteren
1826 historischen Erfahrungen. Es gibt für uns heute keine Gegenüberstellung von sozialen und
1827 politischen Rechten. Soziale Gerechtigkeit und die Freiheit des Einzelnen gehen Hand in
1828 Hand. Sicherlich gibt es Möglichkeiten des Schutzes und der Verhinderung von
1829 Datenmissbrauch, wie das Brandenburgische Datenschutzgesetz und das Gesetz zur
1830 Akteneinsicht und zum Informationszugang. Aber wer kennt seine Rechte, wenn es um
1831 Akteneinsicht geht oder Behörden die Informationen unrechtmäßig verweigern?

1832 Wir wollen die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
1833 in Brandenburg deutlich stärken. Dazu gehört die Zusammenlegung
1834 der verschiedenen Behörden, die sich mit dem Datenschutz im
1836 Land beschäftigen die Erweiterung der Rechte, die personelle
1838 Aufstockung dieser Einrichtung, die Erhöhung der Transparenz und
1840 die bürgerfreundliche Ausgestaltung dieser Einrichtungen. Dazu
1842 bedarf es keiner umfangreichen Finanzen; politischer Wille ist
1844 gefragt, um den Bürgerrechten auch institutionell den Rücken zu
1846 stärken.
1847

1848 Zugleich werden wir uns stärker um den Datenschutz für Arbeitnehmer in Unternehmen
1849 kümmern, wo Überwachung und Datenmissbrauch deutlich zunehmen. Brandenburg soll
1850 sich daher auf Bundesebene für eine Gesetzesinitiative zum Datenschutz der Arbeitnehmer
1851 einsetzen.

1852

1853 **Öffentliche Sicherheit**

1854 Öffentliche Sicherheit entsteht nicht durch aktionistische Ausweitung polizeilicher
1855 Eingriffsbefugnisse und schon gar nicht durch radikalen Personalabbau sowie Schließung
1856 von Polizeiwachen. Um die öffentliche Sicherheit zu stärken, schlagen wir einen anderen
1857 Weg als den des bisherigen Innenministers Schönbohm vor. In einem ersten Schritt soll das
1858 unter seiner Federführung zustande gekommene Polizeigesetz von unabhängiger Seite
1859 überprüft werden. Wir wollen eine stärkere Zusammenarbeit mit Berlin und eine zügige
1860 Angleichung des Polizeirechts beider Länder. Das schließt die Kennzeichnungspflicht für
1861 Polizeibeamte im Einsatz ein, die gegenwärtig in Berlin umgesetzt wird.

Schlüsselvorbahn 14 Gelöscht: 2

**Mehr Rechte für den
Datenschutz – und eine
starke Behörde dafür**

1862 Wir setzen auf Kriminalprävention durch Sicherung des Sozialstaates. Wir setzen auf einen
 1863 wirksamen Ausbau der kommunalen Kriminalitätsverhütung. Wir fordern einen Ausbau des
 1864 Netzes der Revierpolizisten und die Präsenz einer bürgernahen Polizei. Große Bedeutung
 1865 messen wir einer qualifizierten Aus- und Fortbildung der Polizei bei. Insgesamt brauchen wir
 1866 ein modernes, leistungsorientiertes öffentliches Dienstrecht, das u.a.
 1867 Arbeitszeitverlängerungen ausschließt.

1868 Wir setzen uns ein für eine schnelle Verfolgung von Straftaten und einen Strafvollzug, der zu
 1869 einem straffreien Leben erzieht. Wir ergreifen die Initiative für ein brandenburgisches
 1870 Resozialisierungsgesetz. Besonderen Stellenwert hat für uns die übergreifende und
 1871 ursachenbezogene Bearbeitung der Jugendkriminalität.

1872 Die zeitnahe Umsetzung des geltenden Rechts muss für alle gesichert sein. Dazu gehören
 1873 für uns auch Gerichte in allen Landesteilen, die materiell und personell ausreichend
 1874 ausgestattet sind.

1875 Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch ein effektiver landesweiter flächendeckender Brand-
 1876 und Katastrophenschutz. Dabei haben aus unserer Sicht die Freiwilligen Feuerwehren einen
 1877 hohen Stellenwert. Dazu ist das Konzept der Stützpunktfeuerwehren weiterzuentwickeln und
 1878 gesetzlich zu regeln.

1879

1880 **Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen**

1881 Die Mark Brandenburg hat in ihrer langen, widersprüchlichen Geschichte immer dann gute,
 1882 stabile und schöpferische Zeiten gehabt, wenn sie auf Toleranz und Solidarität, Offenheit
 1883 und Integration setzte. Das ist auch unsere Linie.

1884 Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung
 1885 führen, sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unseres Landes so wichtige
 1886 Ziel ist noch nicht überall in Brandenburg gelebte Realität. Rechtsextremismus und
 1887 Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet
 1888 zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die
 1889 Mehrheit der Brandenburger für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die Politik
 1890 eine große Verantwortung. Wir setzen uns für die Umsetzung und Stärkung des
 1891 Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ein. Politisches Handeln muss klare Zeichen
 1892 setzen. Mit Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen. Neue rechtliche oder
 1893 bürokratische Konstrukte werden nicht gebraucht. Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges
 1894 Lernen können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus
 1895 entwickeln. Kultur und Bildung klären über Irrwege auf und üben demokratische
 1896 Verhaltensmuster ein. Entscheidend ist letztlich, die sozialen Ursachen für rechtsextremes
 1897 und neofaschistisches Gedankengut zu überwinden. Die junge Generation braucht
 1898 Berufsperspektiven in allen Regionen des Landes, damit Offenheit und Selbstbewusstsein
 1899 durch eigene Leistung und Teilhabe wachsen können. In einer globalisierten Wirtschaft
 1900 werden Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit nur dann zurückgedrängt werden
 1901 können, wenn es uns gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den weiter
 1902 gewachsenen Reichtum gerechter zu verteilen.

1903

1904 **Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten**

1905 Der Ansatz von Toleranz und Solidarität, Offenheit und Integration taugt nicht als
 1906 Lippenbekenntnis, sondern nur als Grundsatz politischen Handelns. So setzen wir uns in
 1907 Brandenburg für entsprechende Lebensbedingungen ausländischer Mitbürgerinnen und
 1908 Mitbürger ein. Migrantinnen und Migranten sollen die gleichen Rechte haben wie alle
 1909 anderen Brandenburgerinnen und Brandenburger. Die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen
 1910 und Asylbewerber gehört abgeschafft. Die Bewegungsfreiheit eines jeden Menschen muss

1911 gewährleistet sein. Das Sachleistungsprinzip, wonach Asylbewerberinnen und Asylbewerber
 1912 nur mit Gutscheinen einkaufen dürfen, muss landesweit durch Geldleistungen ersetzt
 1913 werden. Menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung betrachten wir als
 1914 Selbstverständlichkeit. Statt in abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften sollten
 1915 Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden, die für eine
 1916 Integration in die Gesellschaft förderlich sind. Nicht zuletzt setzen wir uns für einen
 1917 sofortigen Abschiebestopp und die Abschaffung von Dauerduldung ein, damit
 1918 Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst leben müssen, aus ihrer
 1919 derzeitigen Heimat abgeschoben zu werden.
 1920

1921 **Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken**

1922 Wir bekennen uns zum Verfassungsauftrag, das Recht des sorbischen (wendischen) Volkes
 1923 auf Schutz, Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten
 1924 Siedlungsgebietes durch das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände zu
 1925 gewährleisten. Auf diese staatliche bzw. kommunale Unterstützung haben die Sorben
 1926 (Wenden) einen Anspruch. Es muss Schluss damit sein, dass ihre Vertreter diesen Anspruch
 1927 immer wieder aus einer Bittstellerrolle heraus einfordern müssen. Wir werden uns deshalb
 1928 für ein novelliertes Sorben (Wenden)-Gesetz einsetzen, das die Kultur- und Bildungsautono-
 1930 mie des sorbischen Volkes stärkt. Die Rechte des Rates für sorbische (wendische)
 1932 Angelegenheiten beim Landtag müssen erweitert werden. Ein Rederecht für den
 1934 Rat gehört ebenso in das Gesetz wie verbriefte Anhörungsrechte für den Fall, dass
 1936 Regierungen durch Gesetze, Rechtsverordnung oder vertragliche Vereinbarungen
 1937 Fragen regeln wollen, die das sorbische (wendische) Volk unmittelbar berühren.
 1938 Personalentscheidungen an sorbischen (wendischen) Bildungseinrichtungen sollten künftig
 1940 nur im Einvernehmen mit dem Rat getroffen werden. Die unwürdigen öffentlichen
 1942 Diskussionen über die Höhe der finanziellen Ausstattung der Stiftung für das
 1944 sorbische Volk müssen der Vergangenheit angehören – die Bundesrepublik sowie
 1946 die Länder Brandenburg und Sachsen stehen gerade wegen des staatlichen
 1948 Unrechts, das Sorben (Wenden) über Jahrhunderte in Deutschland erleiden
 1950 mussten, in einer besonderen Verantwortung.
 1951

redaktionell

A 3.1.

A 3.2.

A 3.3.

- Gelöscht:** demokratisch legitimierten Gremien des sorbischen Volkes gegenüber sorbischen Bildungseinrichtungen
- Gelöscht:** Das
- Gelöscht:** des Sorben (Wenden)-Rates
- Gelöscht:** im Landtag
- Gelöscht:** die Landesregierung
- Gelöscht:** will
- Gelöscht:** E
- Gelöscht:** nicht mehr ohne Anhörung der gewählten Gremien der Minderheit
- Gelöscht:** der vergangenen Jahre
- Gelöscht:** und wegen der Vernichtung eines erheblichen Teils des angestammten Siedlungsgebietes

1952 **Brandenburg-Berlin – eine Region mitten in Europa, ein Teil der Einen**
 1953 **Welt**

1954 Wir bleiben dabei: Brandenburg ist mehr als die Metropolen-Region um Berlin. Seine
 1955 Beziehungen zur Bundeshauptstadt sind nicht nur in der Form einer Länderfusion denkbar.
 1956 Wir wollen eine intensive Zusammenarbeit mit Berlin zum gegenseitigen Nutzen. Was liegt
 1957 näher, als sich gemeinsam den wirklich existenziellen Herausforderungen zu stellen, die sich
 1958 für die gesamte Region aus dem Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen
 1959 Standortwettbewerb ergeben. Auf der Tagesordnung stehen eine integrierte Bildungsland-
 1960 schaft und Infrastruktur, ein gemeinsames Konzept für Wasserversorgung und Klimaschutz,
 1961 ein Energieverbund, eine Zusammenlegung der Wirtschaftsförderung und eine abgestimmte
 1962 Kooperation mit benachbarten polnischen Woiwodschaften. Ein weiteres Potenzial liegt in
 1963 der Verknüpfung der Förderung von Zukunftsbranchen. Für die Gestaltung der Zusammenar-
 1964 beit wollen wir die Erfahrungen aus knapp 20 Jahren Zusammenarbeit und Konkurrenz
 1965 sorgfältig berücksichtigen.
 1966 Brandenburg ist nicht nur „im Zentrum des vereinten Europas gelegen“, wie wir es häufig in
 1967 offiziellen Regierungsdokumenten lesen. Die Europäische Union beeinflusst das Leben der
 1968 Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande täglich und unmittelbar. Und die Brandenburger
 1969 Landespolitik hat die Kompetenz, europäische Entscheidungen mit zu beeinflussen: über den
 1970 Bundesrat oder auch vor Ort in Brüssel.

1971 Die Europäische Union darf nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit sein, sondern sie
1972 muss auch eine soziale werden. Deswegen setzen wir uns für eine soziale Fortschrittsklausel
1973 in den Europäischen Verträgen ein. Wir wollen aber auch im Land mehr tun. Denn
1974 Brandenburg kann mehr dazu beitragen, jene Lücke zu schließen, die heute zwischen
1975 „Brüssel“ und den sozialen Problemen der Europäer klafft. Wenn Europapolitik mittlerweile
1976 Innenpolitik ist, dann muss Brandenburg europäischer werden. Das gilt nicht nur für die
1977 Menschen, das gilt zuerst für die Politik, wo eher Provinzialität und Scheu herrschen, wenn
1978 es um europäische Fragen geht. Es mangelt dem Landtag an Mitsprache in diesen Fragen
1979 und es mangelt der Regierung an Initiativen, die die europäischen Möglichkeiten gezielt für
1980 die Entwicklung unseres Landes nutzen. Dabei geht es nicht nur und auch nicht zuallererst
1981 um Förderfonds. Es geht um konkretes Handeln, das über vorhandene Programme und
1982 laufende Aktivitäten hinaus neue politische Akzente setzt.

1983 Die Erarbeitung einer Europäischen Verfassung, an deren Entstehung auch die
1984 Brandenburgerinnen und Brandenburger aktiv mitwirken und über die sie dann in einem
1985 Referendum abstimmen können, steht für uns weiter auf der europäischen Agenda.

1986 Wir meinen: Brandenburg braucht eine europapolitische Offensive. Landtag und Landesre-
1987 gierung sollten in enger Abstimmung mit unseren Nachbarn in Polen ein „Europapolitisches
1988 Programm für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“ erarbeiten, um die
1989 Chancen unserer an Oder und Neiße gelegenen deutsch-polnischen Region in Europa besser
1990 zu nutzen.

1991

1992 **Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße**

1993 Nach der EU-Osterweiterung liegt Brandenburg nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern
1994 ist Teil einer größeren europäischen Region auf beiden Seiten der deutsch-polnischen
1995 Grenze. Dieser Raum wird von den Wachstumszentren Berlin, Szczecin, Pozna und
1996 Wrocław getragen; zugleich ist er wesentlich für die Entwicklung der ausgedehnten
1997 ländlichen Räume.

1998 Für eine wettbewerbsfähige europäische Region an Oder und Neiße bleibt noch viel zu tun:
1999 Die Konzeption einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines
2000 Wirtschaftsstandortes Berlin/Brandenburg-Westpolen, die Schaffung eines Netzwerkes von
2001 Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines
2002 grenzüberschreitenden Verkehrskonzepts wie von kleinteiligen Verkehrslösungen zwischen
2003 Grenzstädten und die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale
2004 der Region im Sinne eines Erlebnisraumes Oder-Neiße. Wir wollen die Anstrengungen für
2005 einen abgestimmten Natur- und Katastrophenschutz intensivieren - so kann der Lebensraum
2006 von hunderttausenden Menschen für heutige und nachfolgende Generationen bewahrt
2007 werden.

2008 Auch der im Bau befindliche Großflughafen in Schönefeld markiert einen Bereich, in dem
2009 dringender Bedarf für Abstimmung und Koordinierung jenseits nationaler Grenzen besteht.

2010 Mit der Oderpartnerschaft sind wir auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen europäischen
2011 Region an Oder und Neiße. Wir unterstützen dieses Projekt nicht nur mit
2013 Absichtserklärungen, wie es andere Parteien tun, sondern sie wird
2015 dieser Initiative sowohl Struktur als auch Beständigkeit geben.
2017 Das könnte zu einer regionalen Institution mit
2019 Entscheidungskompetenzen führen, mit denen die verschiedenen
2021 Akteure vernetzt und Programme gezielter genutzt werden. Eine
2023 solche Initiative, gemeinsam mit Berlin vorangetrieben, würde
2025 brandenburgische Politik nicht nur europäischer machen, sondern
2026 der deutsch-polnischen Zusammenarbeit einen eigenen brandenburgischen Akzent geben.

2027 Landtag und Landesregierung müssen sich auf die erhöhten Anforderungen einstellen, die

Schlüsselvorhaben 15:
**Struktur und
Beständigkeit für die
Oderpartnerschaft**

2028 sich aus der Verflechtung zwischen europäischer Politik und der Landes- und
2029 Kommunalpolitik in Brandenburg ergeben. Im Wettbewerb der Regionen sind eine
2030 europapolitisch hochqualifizierte Verwaltung und ein europapolitisch engagierter Landtag
2031 wichtige Voraussetzungen.

2032

2033 **Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden**

2034 Brandenburger Landespolitik muss sich wieder stärker in den ärmsten Regionen der Welt
2035 engagieren und so einen eigenständigen Beitrag zur Umsetzung der Millenniums-
2036 Entwicklungsziele der UNO bei der weltweiten Bekämpfung von Armut leisten. Die
2037 Mitverantwortung unseres Landes in einer globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag
2038 zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die Gewährleistung einer sozialen Infrastruktur in
2039 den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie die Förderung entwicklungspoliti-
2040 scher Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind wichtige Ansatzpunkte für eine brandenburgi-
2041 sche Nachhaltigkeitsstrategie. Ernsthaftige Politik für ein modernes und soziales Brandenburg
2042 in der Einen Welt muss dabei vor allem jene Gruppen und Netzwerke im Lande angemessen
2043 unterstützen und einbeziehen, die sich engagiert und selbstlos hier und in der Einen Welt für
2044 Entwicklung und Umweltschutz einsetzen. Globales Lernen und Bildung für nachhaltige
2045 Entwicklung müssen in brandenburgischen Schulen fest verankert werden.

2046 **5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen**

2047

2048 Brandenburg wurde von der Krise unter Bedingungen getroffen, die schon vorher kompliziert
2049 waren – komplizierter als in den Jahren zuvor. Das betrifft insbesondere die finanzielle Lage
2050 des Landes und seiner Kommunen. Bisherige Haushaltskonsolidierungen waren vor allem
2051 der positiven konjunkturellen Situation der letzten Jahre sowie der Reduzierung von
2052 Personalkosten geschuldet. Doch trotz der positiven Konjunktorentwicklung der letzten
2053 Jahre ist die Verschuldung des Landes auf mittlerweile über 18 Milliarden Euro gestiegen.
2054 Diese Entwicklung ist kaum zu stoppen – jetzt erst recht nicht. Steigende Zinsausgaben,
2055 immens wachsende Pensionslasten, jährlich sinkende Solidarpaktmittel, die sich ändernde
2056 EU-Förderung (insbesondere im Bereich der Agrar-Strukturförderung) und die noch nicht
2057 einmal voll absehbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise – das sind die Realitäten der
2058 nächsten Jahre. Die finanziellen Spielräume für eine Politik, die nicht nur ihre gesetzlichen
2059 Pflichtaufgaben verwalten, sondern nachhaltige Entwicklung mit eigenem Gestaltungsan-
2060 spruch betreiben will, sind vor diesem Hintergrund äußerst eingeschränkt.

2061 SPD, CDU und FDP antworten auf diese Situation mit Konzepten, die alles auf einmal
2062 ankündigen und nichts wirklich sinnvoll werden durchsetzen können: großzügigste Steuer-
2063 senkungen, gewaltige kreditfinanzierte Konjunkturprogramme und strengste Haushaltssanie-
2064 rung gleichzeitig – das passt einfach nicht zusammen. In dieser Situation schon gar nicht.
2065 Der größte Fehler ist der Beschluss, jetzt per Verfassungsänderung ab 2020 ein Verbot der
2066 Neuverschuldung einzuführen. Eine solche „Schuldenbremse“ wird es daher mit der LINKEN
2067 nicht geben. Niemand kann heute die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen
2068 und Notwendigkeiten innerhalb dieses Zeitraumes genau genug vorhersehen. Nur eines ist
2069 klar: Für Brandenburg z. B. bringt dieser Beschluss schon ab 2011 zusätzliche finanzielle
2070 Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen an Länder wie das Saarland und Bremen mit sich.

2071 Eines ist absehbar: Im Zeitraum 2009 bis 2014 wird die Verschuldung des Landes wieder
2072 anwachsen. Genauso klar ist aber auch: Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes darf
2073 dadurch nicht gefährdet werden. Brandenburg darf nicht in den Staatsbankrott geführt
2074 werden, sondern muss Einnahmen und begrenzte neue Kredite so einsetzen, dass damit die
2075 Lösung der strukturellen Probleme in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung und
2076 bei den Kommunen angepackt werden kann.

2077 Unsere Vorschläge in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft und Konversion sind durch
2078 einen neuen inhaltlichen Ansatz zu finanzieren und haben einen effizienteren Mitteleinsatz
2079 zur Folge. Der Finanzbedarf für einen Einstieg in eine sozial und wirtschaftlich ausgewogene
2080 Entwicklung umfasst 150 Millionen Euro. Vorhaben wie die Agrarwirtschaftsinitiative oder
2081 der Umbau der Förderlogik kosten kein zusätzliches Geld, sondern werden durch
2082 Veränderungen bei der Verwendung der dem Land zufließenden Mittel ermöglicht.

2083 Wir sind der Überzeugung, dass mit den im Wahlprogramm genannten Projekten ein
2084 finanziell verantwortbarer Weg beschritten wird. Dabei geht es nicht in erster Linie um die
2085 Lösung konjunktureller Probleme, sondern um die Auflösung von seit Jahren zu
2086 verzeichnenden Strukturdefiziten für eine nachhaltige Entwicklung des Landes sowie um die
2087 weitere Stabilisierung von Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement in Brandenburg.

2088 Diesen notwendigen politischen Entscheidungen können weitere folgen. Voraussetzung
2089 dafür ist eine Bestandsaufnahme der finanziellen Situation Ende des Jahres, die wesentlich
2090 vom weiteren Krisenverlauf und von den politischen Entscheidungen auf Bundesebene
2091 geprägt sein wird.

2092 Wir sprechen deswegen von einer Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß, die wir in
2093 Brandenburg durchsetzen wollen.

2094 Durch eine Konzentration der vorhandenen Mittel und Programme auf politische, soziale und
2095 wirtschaftliche Schwerpunkte muss den großen und weiter zunehmenden regionalen

2096 Verschiedenheiten und unterschiedlichen Problemlagen im Land Rechnung getragen
2097 werden. Notwendige Strukturinvestitionen sowie die Öffentliche Daseinsvorsorge müssen
2098 finanziert werden. Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und für mehr
2099 Beschäftigung sichern künftige Einnahmen des Gemeinwesens. Existenz sichernde
2100 Arbeitsplätze bringen höhere Steuereinnahmen und senken die Defizite der Sozialkassen.

2101 Durch einen Umbau der Förderlogik und -struktur kann Brandenburg auch zukünftig finan-
2102 zielle Anreize und Unterstützung bieten. Neben Zuschüssen oder revolvingierenden Fonds
2103 wollen wir die Bürgerschafts- und Beteiligungsprogramme neu gestalten. Wir werden bei der
2104 Ausgestaltung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union die Bedürfnisse
2105 der brandenburgischen Städte und Gemeinden besonders berücksichtigen. Damit könnten
2106 ca. 100 Mio. Euro an zurückgehenden Zuweisungen des Bundes und der Europäischen Union
2107 inhaltlich kompensiert werden. Die revolvingierenden Fonds sollten einen Umfang von 250 Mio.
2108 Euro umfassen, um auch in der Perspektive Investitionsförderung und Regionalentwicklung
2109 sicherzustellen.

2110 Die rigide Personalplanung der Landesregierung ist eine der Ursachen für die vorhandenen
2111 strukturellen Defizite im Land. Sie muss an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden, um
2112 Grundzüge der Entwicklung in Brandenburg sicherstellen zu können. Personalausgaben sind
2113 nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der
2114 öffentlichen Hand. Insbesondere im Bildungsbereich gibt es keine Alternative zu einem
2115 Stellenaufwuchs, um Zukunftsfähigkeit sicherzustellen.

2116 Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß – das heißt: in die Zukunft investieren, für die
2117 Zukunft konsolidieren und damit in der Gegenwart bestehen.

2118 ***Es ist an der Zeit***

2119

2120 Wir, DIE LINKE in Brandenburg, treten an

2121 ⇒ für Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann,

2122 ⇒ gegen die Armut im Land und für bessere Lebensbedingungen von Kindern,

2123 ⇒ für bezahlbare Lebensumstände,

2124 ⇒ für eine gute Bildung und Ausbildung hier und heute,

2125 ⇒ für Kultur für alle,

2126 ⇒ für ein verlässliches Gemeinwesen,

2127 ⇒ für mehr Demokratie und Teilhabe, für Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.

2128 Klar ist für uns:

2129 Wir brauchen einen Politikwechsel!

2130 Es ist an der Zeit, auch in Brandenburg vieles neu zu ordnen!

2131

2132 Wir laden Sie ein, sich mit unseren Projekten vertraut zu machen, gemeinsam mit uns zu

2133 streiten, Lösungen zu suchen und zu finden – für ein zukunftsfähiges Brandenburg.

2134

2135 Wir bitten um Ihr Vertrauen, weil wir Brandenburg durch die Krise und aus der Krise führen
2136 wollen.

Brandenburgs Zukunft lebt auch davon, welche Perspektive es den heute Jungen geben kann und will. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, die Stärkung der Regionen und die stabile Verankerung in den guten Traditionen unseres Landes sind die Voraussetzung dafür - aber auch eine Jugendpolitik im engeren Sinne, die junge Leute animiert, in Brandenburg ihre Zukunft zu gestalten, also: eine deutlich bessere Jugendarbeit als bisher.

Der Landesjugendplan muss ausfinanziert werden, damit Angebote der Jugendarbeit überall im Land Brandenburg qualitativ ansprechend und quantitativ befriedigend unterbreitet werden können.

Jugend- und Jugendsozialarbeiter müssen tätig werden können, wie es der Bedarf verlangt. Wir gehen davon aus, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter bekommt.

Viele Jugendliche möchten sich im Freiwilligen Ökologischen oder Sozialen Jahr engagieren - es gehört sich einfach, dass dann auch entsprechend viele Plätze angeboten werden.

Der Jugendarbeitsschutz muss erhalten bleiben.

Weit stärkere Anstrengungen sind zu unternehmen, um die soziokulturelle Jugendarbeit zu unterstützen. Das ist für das Flächenland Brandenburg eine schwierige, aber notwendige Aufgabe.